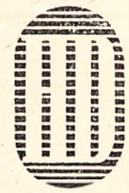


HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 10

Bonn, 23. Mai 1964

AUSGABE A

Lernfreiheit und Studienordnung / Von Peter Menke-Glückert

Der Autor, mit der Praxis des deutschen Hochschullebens aus den Jahren seiner Mitarbeit im Generalsekretariat der Westdeutschen Rektorenkonferenz und in der Rektoratsverwaltung der Universität Tübingen vertraut, ist vor kurzem nach Bonn als Regierungsrat in das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung berufen worden. Er hat das Thema des heutigen Beitrages in einem Referat auf der 17. Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung letztthin in Münster vorgetragen.

Nur sehr schwer gewöhnt sich die Universität, gewöhnt sich die Wissenschaft daran, daß sie heute ein Politikum sind — „ein Politikum wider Willen“, wie es Hans Leussink einmal formuliert hat. Die junge Disziplin der Bildungsökonomie behandelt Wissenschaft und akademischen Bildungsstand als Produktivkraft in der Input-Output-Rechnung Bildungswesen. Die NATO beobachtet in einem Wissenschaftsausschuß den wissenschaftlichen Leistungsstand ihrer Mitglieder, weil dieser Leistungsstand wesentlicher Teil des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials der westlichen Welt ist. In seiner Regierungserklärung vom 17. Oktober 1963 hat Bundeskanzler Erhard hieraus die Konsequenz gezogen: „Aufgaben der Bildung und Forschung besitzen für unser Geschlecht den gleichen Rang wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert.“

Die Beachtung, die auf diese Weise Zustand des wissenschaftlichen Lebens und Niveau wissenschaftlicher Ausbildung in der großen Politik finden, ist der Universität nicht immer angenehm, schlägt sich doch das Interesse der Öffentlichkeit in letzter Zeit nicht nur in erhöhten Subventionen, sondern auch in kritischen Fragen, Vorwürfen, Zweifeln nieder. Solche Kritik macht auch vor den „res sanctissimae universitatis“, vor dem innersten Kern akademischer Selbstverwaltung nicht halt — mag es sich nun um die Fakultäts- und Ordinariatsverfassung, um das Berufungsverfahren oder die Lernfreiheit der Studenten handeln.

Lernfreiheit für Überfüllung mitverantwortlich?

Parlamente, Fernsehen und Tageszeitungen weisen in letzter Zeit besonders auf die Gefahren unkontrollierter Lernfreiheit hin. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Dichgans hat in einer viel zitierten Denkschrift auf die verhängnisvollen Folgen überlanger Studiendauer aufmerksam gemacht. Verglichen mit anderen westeuropäischen Ländern tritt hier ein Akademiker 5 bis 6 Jahre später in den Beruf ein. Ein Zuviel an Lernfreiheit, ein Zuwenig an Studienordnung führt nach Dichgans zu Überfüllung, Chaos, Niveau-Verlust, volkswirtschaftlichen Fehlinvestitionen.

Was ist an diesen Vorwürfen berechtigt? Ist insbesondere ein Übermaß an Lernfreiheit für Überfüllung und Niveauverlust der deutschen Universität verantwortlich?

Die Antwort ist nicht leicht. Voreilige Verallgemeinerungen sollten vermieden werden. In jedem Fach, in jeder Fakultät liegen die Verhältnisse anders. Es wird daher nur versucht, eine Antwort für einen Teilbereich, die Lehramtsfächer, besonders die der Philosophischen Fakultät zu geben. Die sogenannten Massenfächer der Philosophischen Fakultät (Germanistik, Romanistik, Anglistik) sind zugleich Lehramtsfächer. Gerade Germanistik, Romanistik, Anglistik aber haben sich bisher in fast allen Universitäten einer stärkeren Gliederung, Straffung und Ordnung des Studienganges entziehen können. Das Anwachsen der Studentenzahlen und die Erhöhung der

durchschnittlichen Semesterzahlen (Studiendauer) sind in diese Fächern am größten. In Tübingen etwa ist jeder dritte Student in der Philosophischen Fakultät eingeschrieben, fast jeder neunte studiert Germanistik. Wohl in keinem anderen Falle sind die Diskrepanzen zwischen Berufsansforderungen und Studienpraxis, zwischen idealem Humboldt'schen Leitbild (privat-gesellige Atmosphäre eines Sokratischen Dialoges zwischen Professor und Studenten) und der Wirklichkeit des „Großbetriebes Universität“ so stark wie in der Philosophischen Fakultät. Ein amerikanischer Freund sprach „vom sentimentalisch verklärten Chaos“. Die These kann formuliert werden: Die Universität ist krank, insofern oder weil die Philosophische Fakultät krank ist. Gelingt es, dem Patienten „Philosophische Fakultät“ auf die Beine zu helfen durch Ordnung des Studienganges und Straffung der Studien in den Lehramtsfächern, so ist wesentliche Besserung auch im Befinden der gesamten Universität zu erwarten.

Erziehungsziel „philosophischer Kopf“

Ohne Zweifel bestimmt heute noch der Zustand der Philosophischen Fakultät das Gesamtklima der Universität. Dies ist nicht nur aus statistischen Daten, sondern viel mehr noch aus geistes- und kulturgeschichtlichen Zusammenhängen zu belegen. Das Erziehungsziel der Humboldt'schen Universitäts-Neugründung Berlin von 1810 war der philosophische Kopf, war der in seinen Geistes-, Gemüts- und Verstandeskräften nach einem ästhetischen Bilde harmonisch abgestimmte Mensch, bei dem sich Ich und Welt in „schönem Gleichklang“ befinden. Unmittelbare Berufsvorbereitung wird abgelehnt. Theodor Mommsen definierte diesen idealistischen Grundsatz in seiner Rektoratsrede von 1874: „Die Universität soll eine Insel sein, auf der ein junger Mensch einige Jahre Geist und Charakter rücksichtslos entwickeln kann.“

Die naiv-romantische Trennung der auf der Universität gelehrt Wissenschaft von späterer Anwendung im Leben versprach sich eine charakterbildende und moralisch läuternde Wirkung für den Studenten von der bloßen Berührung und dem Bekanntwerden mit wissenschaftlicher Arbeitsweise. Schelsky hat das besondere Ethos wissenschaftlichen Arbeitens — in der noch heute gültigen Sicht der Humboldt, Fichte, Schelling — mit Einsamkeit und Freiheit definiert. Im Hintergrund stand die Gestalt des Schillerschen „edlen Jünglings“, dessen äußeres Geschäft aus seinem inneren Sein entspringt. Anders als „der für Beruf und Brot studierende Brotgelehrte“ will der philosophische Kopf nicht „Spezialist sein“, nicht seine Wissenschaft von allen übrigen absondern, sondern alle Wissen-

INHALT

Heilung seelischer Leiden — 14. Lindauer Psychotherapie-Woche	5
Kernreaktor für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt	6
Erstes Deutschlandseminar des VDS vom 6.—9. 5.	7
Zehn Jahre Stiftung Mitbestimmung	8
Kurz berichtet	9

schaften vereinigen, alle seine Begriffe „zu einem harmonischen Ganzen“ spannungslos ordnen. Solch ästhetisch-philosophisches Bildungsziel ist extrem individualistisch und betont a-politisch, es fehlt der Bezug auf Staat, Gesellschaft, soziale Ordnung, soziale Verantwortung. Vorrang hat die harmonische Entwicklung des eigenen Ich, nicht das Einüben öffentlicher Tugenden — im starken Gegensatz zur angelsächsischen Welt. Dichtgans fragt zu Recht: „Ist es vielleicht nicht so, daß wir in unserem Bildungssystem den intellektuell brillanten Typ in allen Altersklassen, von der Sexta bis zum Assessorexamen, systematisch überbewerten, während die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zur Führung, die in der Wissenschaft nicht weniger bedeutsam ist als in der Wirtschaft, . . . nicht gewertet werden kann?“ Die politische Manipulierbarkeit eines bloß ästhetisch-philosophischen Menschenbildes ist aus der jüngsten deutschen Universitätsgeschichte noch in Erinnerung (als Beispiele seien etwa Heideggers Rektoratsrede 1933 oder das germanistische Sammelwerk „Von deutscher Sprache und Dichtung“ aus dem Jahre 1942 genannt). Gegenüber dem unbestimmt Allgemeinen des Bildungszieles „philosophischer Kopf“, gegenüber dem heute ein wenig großväterlich anmutenden idealischen Pathos Schillers muß daran erinnert werden, daß die Universität immer für Berufe ausgebildet hat und daß sie insofern stets Schule war — allerdings eine Schule, die hohe Anforderungen an akademische Lehrer und Studenten stellte. Ein Mediziner, Jurist, Naturwissenschaftler, Techniker wird dies nicht bestreiten. Der Studiengang ist hier streng nach späteren beruflichen Erfordernissen geordnet.

Universität und Schule

Die Studiengänge in den Lehramtsfächern der Philosophischen Fakultät sind dagegen weniger am späteren Beruf des Studienrates als an dem des Universitätsgelehrten und Privatdozenten orientiert. Nur für eine verschwindende Minderheit von noch nicht drei Prozent der Gesamtstudentenzahl kommt aber eine wissenschaftliche Laufbahn im engeren Sinne überhaupt in Betracht. Ein Großteil des von Germanisten oder Anglisten an der Universität zu bewältigenden Stoffes steht in keinerlei Beziehung zu den späteren Aufgaben in der Schule. Pädagogik und Didaktik der Schulfächer sind keine Lehrgegenstände an der Universität. Das in der Prüfungsordnung für das Lehramts-Examen verlangte vierwöchige Schulpraktikum ersetzt nicht überlegte didaktische Übungen zur Vorbereitung späterer Aufgaben in der Schule. Hinzu kommt das Absinken des Berufsprestiges des Lehrerstandes in den letzten Jahren. Es gibt kaum einen Studenten der Germanistik oder Romanistik, der nicht irgendwann einmal versucht, in der Universität zu bleiben oder zumindest einen anderen Beruf als den des Lehrers, des „Paukers“ zu finden. Selbst ein Studienreferendar wird oft noch nach einem anderen Beruf als dem des Lehrers Ausschau halten; er fühlt sich jedenfalls durch die Frage geschmeichelt: „Sie bleiben doch nicht etwa im Schuldienst?“ (selbst wenn er solche Absicht hätte). Die Zahl der Ordinarien, die den praktischen Schulbetrieb und die schuldidaktischen Probleme ihres Faches aus eigener Berufserfahrung kennen, ist heute viel geringer als noch Ende des 19. Jahrhunderts.

Universität und Schule leben sich immer weiter auseinander, wobei sie sich gegenseitig den Schwarzen Peter für das Absinken des Studenten-Niveaus zuschieben. Die Schule müßte sich in Zukunft mehr der Universität, die Universität der Schule öffnen. Leider sind auch die Gymnasien keine Stätten wissenschaftlicher Forschung mehr wie noch vor 50 Jahren. Ein lebendiger wechselseitiger Austausch zwischen Schule und Universität würde erleichtert, wenn mehr besonders befähigte Gymnasiallehrer durch Herabsetzung der Stundenzahl Zeit zu wissenschaftlicher Arbeit fänden oder wenn sie Gelegenheit zu einem Nach-Studium zur „wissenschaftlichen Auffrischung“ erhielten. Berufungen von Schulmännern sollten in den Lehramtsfächern — wie früher — wieder zur Regel werden. Ohne Schulerfahrung fehlt dem Lehrstuhlinhaber in einem Lehramtsfach eine unentbehrliche Erfahrung für die akademische Lehre. Denn auch die Formen akademischer Lehr-Pädagogik wollen erprobt und erfahren sein. Seltsamerweise gibt es heute keine systematische Pädagogik des akademischen Unterrichts.

Exmatrikulation wegen Bummelci?

Kern des akademischen Unterrichts ist das Fachstudium. Das bedeutet Beschränkung, Spezialisierung, Ausschnitt aus dem Kosmos der Wissenschaften. Der Weg an der Universität kann nur vom Besonderen zum Allgemeinen

führen. Wer ins Unendliche schreiten will, muß nach Goethe erst einmal im Endlichen nach allen Seiten gehen. Das Postulat der Lernfreiheit findet hier seine Begrenzung.

„Oberstes Gesetz der Universität ist die Lehr- und Lernfreiheit“, heißt es in Paragraph 4 der Satzung der Universität Heidelberg von 1952. Der deutsche Student kann Studienort, akademischen Lehrer und die Art des Aufbaues seiner Studien frei wählen. Die Lernfreiheit gewährt das Recht, alle Vorlesungen ohne Beschränkung auf die gewählte Fakultät, in der der Student eingeschrieben ist, zu hören^{*)}. Zur Lernfreiheit gehört auch das Recht, Vorlesungen nicht zu hören. „Schwänzen“ hat keine disziplinarischen Folgen; eine Anwesenheitskontrolle findet nicht statt. Die Überfüllung in bestimmten Fächern hat zwar in den letzten Jahren zu einem komplizierten System von Pro-, Mittel- und Hauptseminaren, zu Seminareingangsprüfungen und Festlegung von Voraussetzungen für den Besuch bestimmter seminarianstischer oder Spezialvorlesungen geführt. Meist handelt es sich aber um Selbsthilfe einzelner Institute oder Lehrstühle.

Alle diese Notmaßnahmen lassen jedoch den Grundsatz der Lernfreiheit unangetastet. Anders als das Schulrecht kennt das Hochschulrecht für Bummelci und Schwänzen keine Disziplinarstrafen, selbst nicht für semesterlanges Fernbleiben vom akademischen Unterricht. Nach den Vorschriften für die Studierenden der Universität Tübingen aus dem Jahre 1932 (§ 22 Abs. 1) wird dagegen in der Liste der Studierenden gestrichen, wer nicht ordnungsgemäß und rechtzeitig wenigstens 4 Vorlesungsstunden belegt hat. Streichungen von Studenten aus der Matrikel können auch wegen Nichtzahlen der Gebühren, wegen unterlassener Rückmeldung oder zur Korrektur satzungswidriger Immatrikulation erfolgen. Streichungen dienen also lediglich der Wahrung formaler Ordnung des Zulassungswesens. Der Grundsatz der Lernfreiheit wird von dem im Hochschulrecht vorgesehenen Formen zwangsweiser Exmatrikulation nicht berührt. Auch nach 22 Semestern ohne Examen ist keine Streichung aus der Matrikel möglich. Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Main hat in einem Urteil vom 25. 8. 1959 entschieden, daß allein auf die Überschreitung einer gewissen Semesterzahl der Ausschluß vom Studium nicht begründet werden kann. Die Universität Frankfurt hatte einen Jurastudenten, der sich nach 22 Semestern noch immer nicht zum Examen gemeldet hatte, zwangsexmatrikuliert. Zur Begründung des Verwaltungsaktes einer Streichung aus der Matrikel gab die Universität an, der betreffende Student habe nicht mit der Sorgfalt studiert, zu der er der Allgemeinheit gegenüber verpflichtet sei. Das Frankfurter Gericht erkannte für eine Exmatrikulation weder Überschreitung einer bestimmten Semesterzahl noch mangelnde Sorgfalt im Studium als ausreichende Begründung an. Beide Gründe wären nur dann ausreichend, wenn Wesen, Zweck und Aufgabe der Universität sich darin erschöpften, Personen, die einen akademischen Beruf erstreben, auf schnellstem Wege die hierfür erforderlichen Mindestkenntnisse zu vermitteln. Aus der Hochschulreformliteratur werde deutlich, daß die Universität auf dem Wege sei, ihr Wesen zu ändern, „eine solche Änderung sei aber bisher nicht eingetreten“. Aufgabe der Universität sei immer noch „die Vermittlung von Persönlichkeits- und Allgemeinbildung“. Jeder könne Persönlichkeitsbildung auf der Universität auch ohne Examen erwerben. Zur Unterstützung seiner Auffassung zitierte das Gericht die letzte Immatrikulationsrede des Frankfurter Rektors, der universale Allgemeinbildung als wesentliches Bildungsziel der Universität nannte. Das Humboldt'sche Leitbild einer liberalen Universität mit großzügiger Lernfreiheit für die Studenten wird somit als Satz des geltenden Hochschulrechts bestätigt. Im übrigen sehe die Verfassung der Universität Frankfurt keine Möglichkeit einer Exmatrikulation bei überlanger Studienzzeit ohne Examen vor.

In den Allgemeinen Vorschriften für die Studierenden an den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 5. 6. 61 (Amtsblatt 1961, S. 249 ff.) ist in § 12 jetzt der Ausschluß wegen Nichteignung vorgesehen. Ein Student, dessen ungenügende Leistungen zu dem Schluß zwingen, daß er für das gewählte Studienfach nicht geeignet ist, kann vom Studium in diesem Fachgebiet ausgeschlossen werden, frühestens jedoch nach Beendigung des dritten Fachsemesters. Über den Ausschluß entscheidet auf schriftlichen Antrag zweier Hochschullehrer oder eines Prüfungsamtes die zuständige Fakultät (bei der

^{*)} Für klinisch-medizinische und einige naturwissenschaftliche Lehrveranstaltungen gelten Sondervorschriften.

Technischen Hochschule Darmstadt außerdem auf Antrag einer Prüfungskommission der Rektor). Der Bildungsauftrag der Universität ist hier berücksichtigt, denn der Student wird nur für ungeeignet befunden, ein bestimmtes Fach zu studieren. Die mangelnde Eignung wird in einem klar geregelten Verfahren ausdrücklich festgestellt. Die hessischen Hochschulen haben in mehreren Fällen von dieser Möglichkeit in den letzten Semestern Gebrauch gemacht. Die getroffenen Entscheidungen sind bisher in keinem Falle vor einem Verwaltungsgericht angefochten worden.

Die Lebens- und Lernfreiheit der Studenten an der Universität ist Ausfluß des Grundsatzes der Wissenschaftsfreiheit, d. h. der Student wird als selbständiger und verantwortlicher Mitbürger der akademischen Korporation angesehen. Die Lernfreiheit wird allerdings nicht von der verfassungsrechtlichen Garantie des Art. 5 Abs. 3 des GG („Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“) erfaßt. Die Lernfreiheit der Studenten kann daher durch Hochschulgesetz oder Universitätssatzung eingeschränkt werden. Zweifelhaft ist, ob Prüfungsordnungen die Lernfreiheit einschränken können. Prüfungsordnungen können jedenfalls keine Rechtspflicht der Universität begründen, Studenten wegen Nichtmeldung zur Prüfung nach Ablauf einer bestimmten Semesterzahl zu exmatrikulieren.

Wilde Lernfreiheit ist Raubbau

Als einzige Universitätsverfassung enthält die Grundordnung der Universität Freiburg von 1956 (§ 44 Abs. 3) eine Bestimmung, die die Streichung aus der Matrikel bei Nicht-Ablegung eines Examens innerhalb bestimmter Studienzeit ermöglicht. Den Fakultäten ist es überlassen, durch förmlichen Beschluß zu bestimmen, daß die Immatrikulation eines Studenten erlischt, wenn er sich nach Ablauf einer bestimmten Studienzeit keiner Abschlußprüfung unterworfen hat. Nach Auskunft des Rektorats der Freiburger Universität hat bisher in keinem Falle eine Fakultät von dieser Möglichkeit, Studenten mit überlanger Studienzeit ohne Examen der akademischen Bürgerrechte für verlustig zu erklären, Gebrauch gemacht.

Im Regierungsentwurf eines Hochschulgesetzes für Baden-Württemberg (Beilage 3080 / 3. Landtag / vom 4. Juni 1963) ist in § 44 Abs. 2 Pkt. 3 die Rücknahme der Imma-

trikulation vorgeschrieben, wenn „das Verhalten des Studenten erkennen läßt, daß er sein Studium nicht ernsthaft verfolgt, insbesondere wenn er nach Ablauf einer angemessenen Studienzeit sich keiner staatlichen oder akademischen Abschlußprüfung unterzogen . . . hat“.

Eine bisher nicht praktizierte Möglichkeit der Verhinderung von Studienzeitüberschreitung enthält das hessische Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lehrmittelfreiheit vom 28. 6. 1961. In § 2 Abs. 1 werden Studierende, die den Abschluß ihres Studiums „unangemessen“ hinaus zögern, von der Unterrichtsgeldfreiheit ausgeschlossen.

Carl Heinrich Becker schrieb schon 1919: „Ein Grundirrtum liegt in der Übertreibung des Begriffes der studentischen Lernfreiheit . . . Es soll nicht patriarchalisch gegängelt und nach ausländischem Muster der Klassenbetrieb auf der Hochschule eingeführt werden, aber die unregelte, wilde Lernfreiheit, wie wir sie jetzt haben, ist bei dem geistigen Zustande, in dem unsere Studenten auf die Hochschule kommen, ein Unfug, ein Raubbau mit Kraft und Zeit unserer Jugend.“ (Gedanken zur Hochschulreform S. 26/27.) Der Student ist heute — anders als vor 150 Jahren — aus Gründen, die in der Entwicklung der Wissenschaften liegen, nicht mehr in der Lage, seine Studien selbstverantwortlich aufzubauen. Der Wissensstoff hat sich in allen Fächern ungeheuer vermehrt, die Arbeitsmethoden haben sich kompliziert und verfeinert, die Ansprüche an die Präzision wissenschaftlicher Aussagen sind größer geworden. Von ganz wenigen Hochbegabungen abgesehen, ist pädagogische Hilfestellung und didaktisch durchdachte stufenweise Einführung in wissenschaftliche Hilfsmittel und Arbeitsmethoden für jeden Studenten Voraussetzung für eine rationelle und vernünftige Anlage des Studiums. Alle diese pädagogische Kärnerarbeit kann die Höhere Schule der Universität nicht abnehmen; wohl aber sollten „Studienräte im Hochschuldienst“ an der Universität eine im Berufsprestige ebenso geachtete Stellung wie die des klassischen Universitätsprofessors (der in erster Linie Forscher ist) erhalten.

Formen des akademischen Unterrichts

Die herkömmlichen Formen der Wissensvermittlung an den Universitäten (Vorlesung, Übung, Seminar) haben eine lange Geschichte. In den letzten 100 Jahren hat sich das Instrumentarium des akademischen Unterrichts nicht wesentlich geändert — trotz Vermehrung des Stoffes, der akademischen Berufsbilder und der Studentenzahlen. Pädagogisch-didaktische Unterweisung, Einführungskurse in wissenschaftliche Arbeitsweise oder auch methodische Arbeitscolloquien gehören leider noch nicht zum festen Bestand akademischer Unterrichtsprogramme. Es wird allerdings jetzt immer häufiger ein „pädagogischer Mittelbau“ gefordert. (Besser wäre es, von dem mit pädagogischen Aufgaben betrauten Teil des Lehrkörpers zu sprechen. In der Universität, in der akademischen Korporation, sollte es keinen Unter-, Mittel- und Oberbau wie in einer hierarchisch geordneten Verwaltungsbehörde geben.)

Die Vorlesung

Die älteste Form der Wissensvermittlung an den Universitäten ist die Vorlesung. Noch heute bildet sie einen unentbehrlichen Bestandteil des akademischen Lehrbetriebes. Zu unterscheiden sind öffentliche von privaten Vorlesungen. Bis zum 16. Jahrhundert gab es nur öffentliche Vorlesungen. Der in Paris oder Bologna, Heidelberg oder Prag angestellte Professor erhielt von der Behörde, der er unterstand, den Auftrag, gegen Gehalt über einen bestimmten Lehrgegenstand zu lesen. Das Gehalt hing von der Berühmtheit ab. Manche Theologen und Juristen brauchten viele Jahre zur Erledigung ihres Lehrstoffes. Aeneas Sylvius, der spätere Papst Pius II., berichtet von dem Wiener Theologen Haselbach, dieser habe 22 Jahre über das erste Kapitel Jesaja gelesen. Die lange Studienzauer, bedingt durch das umständliche und langwierige Vorschreiten der akademischen Lehrer, brachte viele Studenten in Geldnot. Dies betraf besonders die Juristen, deren Zahl von der Mitte des 16. Jahrhunderts an sehr zunahm, weil der Bedarf an Beamten in den Kanzleien und Höfen anstieg. Manche Jurastudenten wandten sich, um schneller voranzukommen, an jüngere Gelehrte mit dem Verlangen, ihnen gegen besondere Bezahlung Privatvorlesungen zu halten, in denen eine Zusammenfassung des für Baccalaureat oder Magister nötigen Wissens kurz und übersichtlich gegeben wurde. Die Privatvorlesungen wurden Collegia genannt, die alten öffentlichen Vorlesungen (für die nichts zu zahlen war) Lecturae. Die Neuerung der Collegia setzte sich nur gegen zähe und hartnäckigen Widerstand der mit öffentlichen Vorlesungen betrauten

Bietet BHW-Bausparen Vorteile?

Sie fragen —
wir antworten



Diese Frage kann nur mit ja beantwortet werden. Vergleichen Sie selbst:

- 1 3 Spartarife zu DM 11,—, DM 4,— oder DM 2,50 je 1000,— DM der Bausparsumme stehen zur Wahl
- 2 3% Zinsen vergüten wir für Bausparguthaben
- 3 Keine Mindestansparsumme für die Zuteilung
- 4 Nur 4 1/2% Zinsen jährlich zahlen unsere Sparer auch in diesem Jahr für Zuteilungsdarlehen
- 5 Beileihung bis zur vollen Höhe der Bau- und Bodenkosten bei Beamten auf Lebenszeit oder gleichgestellten Personen
- 6 Zum Schutze der Familie Hinterbliebenen-Sicherung zu günstigen Prämiensätzen
- 7 Kostenloser Beratungsdienst im gesamten Bundesgebiet und West-Berlin

Wenn Sie im öffentlichen Dienst stehen, fragen Sie vor Abschluß eines Bausparvertrages das BHW!

Fordern Sie noch heute die kostenfreie Schrift »Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes« an! Sie unterrichtet Sie ausführlich über nähere Einzelheiten.



Beamtenheimstättenwerk

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst
325 Hameln · Kastanienwall · Telefon: (05151) 7401

Professoren durch. Die Kollegstunde ist heute zur Regel, die öffentliche Vorlesung zur Ausnahme geworden, jedoch erfüllen heute öffentliche Ringvorlesungen oder öffentliche studium-generale-Vorlesungen in der Universität eine wichtige integrierende und allgemeinbildende Funktion. Bis zur Erfindung der Buchdruckerkunst und noch lange danach war die Form der Vorlesung meist das Diktat. Später, als Bücher billiger wurden, wurden vom Professor angegebene oder von der Regierung vorgeschriebene Lehrbücher dem akademischen Vortrag zugrundegelegt. Freier akademischer Vortrag war selten.

Das Seminar

Zu den Vorlesungen treten seit Mitte des 18. Jahrhunderts Übungen in den neu errichteten Universitäts-Seminaren. Mit der Errichtung von Seminaren ging die neue Wissenschaft der Philologie voran. Es waren praktische Überlegungen, die zur Form des selbständigen Seminars im Universitätsverband und zu neuen Formen akademischen Unterrichts führten. Das höhere Schulwesen, das im 18. Jahrhundert die Lateinschulen ablöste, verlangte in großer Zahl wissenschaftlich vorgebildete Lehrkräfte, vor allem in den den Lehrplan zu zwei Drittel beherrschenden alten Sprachen. Ein gründliches Eindringen in den Geist der alten Sprachen war nur bei Arbeiten im kleinen Kreis möglich. Das veranlaßte den Rektor der Leipziger Thomas-Schule, Johann Mathias Gessner, als er 1734 an die eben gegründete Universität Göttingen berufen wurde, das erste philologische Seminar zu gründen, das dann für viele andere das Modell abgeben und eine exakte philologische Schule der Textkritik und Textedition begründet hat. Andere Disziplinen übernahmen die Form des Universitätsseminars mit Übungen im kleinen Kreis und mit besonders intensivem Lehrgespräch zwischen Professoren und Studenten. Eines der in der ganzen Welt berühmten Seminare war das Ranke-Seminar in Berlin, dessen akademische Arbeitsmethode unter anderem die Bildung des Typs der amerikanischen graduate-school mit beeinflußt hat. Im Unterschied zur Vorlesung ist in der Seminar-Übung der Student selbständig tätig. Der Professor gibt ihm ein bestimmtes wissenschaftliches Spezialthema, das mit dem Rahmenthema der Seminarübung in engem Zusammenhang steht, zur selbständigen Bearbeitung und Lösung. Nach dem Namen der Arbeitsstätte wurden die Seminar-Übungen im kleinen Kreis später selbst Seminare genannt, wobei schon bald zwischen Proseminaren für jüngere und eigentlichen Hauptseminaren für ältere Studenten unterschieden wurde.

Hat ein Seminar mehr als ein Dutzend Teilnehmer, hat es gar 200, 300 und mehr, so verkehrt sich der Sinn der Veranstaltung in sein Gegenteil. Die dichte pädagogische Arbeitsatmosphäre, das ständige Gespräch zwischen Professor und Student geht verloren. Das Seminar wird zum Klausurenkurs, den man als lästige Pflicht absolviert. Die selbständige Mitwirkung an einer gemeinsamen Auf-

Die Wissenschaftsförderung in den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik

Die hierüber vorgelegte Veröffentlichung stellt einen Diskussionsbeitrag des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft zu aktuellen Fragen der Hochschulpolitik dar. Mit seiner ausführlichen Behandlung der finanziellen Seite des Problemkreises „Hochschulreform“ ergänzt er das vor einiger Zeit vorgelegte Gutachten des VDS „Studenten und die neue Universität“. Ausführlich dargestellt werden im einzelnen: Die finanziellen Aufwendungen des Bundes bzw. der Länder für kulturelle Zwecke und für die Wissenschaft, sowie ihr Vergleich mit anderen Ausgaben der öffentlichen Hand; die Aufgliederung dieser Gelder auf die verschiedenen Arten von wissenschaftlichen Hochschulen; Faktoren, die auf die Wissenschaftsförderung einwirken, und schließlich die allgemeine Lage der Wissenschaft, insbesondere unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Zahlreiche Tabellen mit umfangreichen Zahlenangaben und ein Literaturverzeichnis sind angeschlossen.

Ein Anhang enthält zwei Dokumentationen über die bisherige Entwicklung der Standortfrage der neuen wissenschaftlichen Hochschulen und über die Situation der Hochschule in Mittelddeutschland, und schließlich eine Zusammenstellung von Beschlüssen der Deutschen Burschenschaft zu Fragen der Hochschulpolitik.

Die vorliegende Arbeit, die übrigens fortgesetzt werden soll, ist zu beziehen beim Vorsitzenden des Ausschusses: Klaus Jäger, 65 Mainz, Auf dem Albansberg 2.

gabe, die dialogische Arbeitsform im kleinsten Kreis sind nicht mehr möglich.

Die Übung

Übungen im engeren Sinne ergänzen und begleiten die Hauptvorlesung des Ordinarius (angekündigt mit: „Übungen zur Vorlesung . . .“) oder sie dienen der Einführung in einen bestimmten Problembereich (zum Beispiel: Übungen zur Soziologie der Jugend). Unter der Bezeichnung „Übung“ werden auch Lehrveranstaltungen angekündigt, die der Einführung in Methoden, Techniken, Formen wissenschaftlichen Arbeitens dienen (zum Beispiel: Übung zur Einführung in die statistischen Arbeitsmethoden für Psychologen). Im Unterschied zum Seminar verlangt die Übung weniger eine eigenständige wissenschaftliche Leistung als Erprobung und „Übung“ der Routinetechniken wissenschaftlichen Arbeitens. Praktische Übungen zur Vertiefung des in Hauptvorlesungen gebotenen Stoffes wurden zuerst von den Juristen eingeführt. Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten und Praktika zur Erprobung der Experimentier- und Meßtechniken werden als besondere Veranstaltungen schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den naturwissenschaftlichen Fächern angekündigt; sie sind eine Weiterentwicklung der praktischen Kurse für Mediziner (mikroskopisch-anatomische Übungen, Praktika der Experimentalchemie, anatomisches Zeichnen, bakteriologische Kurse usw.).

Das Colloquium

Das Colloquium als gesonderten Typus akademischer Veranstaltungen gibt es erst seit wenigen Jahren. Colloquien wollen Methodenprobleme über die Fachgrenzen hinweg erörtern, dienen der Einführung und dem informierenden Gespräch. An einem Colloquium nehmen in der Regel mehrere Professoren verschiedener Fachrichtung teil.

Die Hauptformen akademischer Lehrveranstaltungen sind nach wie vor: Vorlesung — Übung — Seminar. Zur Einführung in die Arbeitsformen des Studiums — für Erstsemester — dienen unregelmäßig angekündigte Übungen zur Technik des wissenschaftlichen Arbeitens oder Einführung in die Benutzung der Bibliothek und ihrer Hilfsmittel. Ein fester Bestandteil des akademischen Programms sind diese unsystematisch und meist auf Initiative einzelner Institute eingerichteten pädagogischen Hilfen nicht. Viele Studenten wissen noch im achten oder späteren Semester nicht, wie man bibliographische Hilfsmittel rationell benutzt, wie nach international üblichen Methoden zitiert wird und welche Formen rascher Zeitschriftenauswertung es beispielsweise gibt.

Fehlender Kompaß im Studium

Noch immer ist der Satz F. W. J. Schellings — besonders für den Studierenden der Philosophischen Fakultät — zutreffend, mit dem er 1803 seine Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums einleitete: „Der Jüngling, wenn er mit dem Beginn der akademischen Laufbahn zuerst in die Welt der Wissenschaften eintritt, kann, je mehr er selbst Sinn und Trieb für das Ganze hat, desto weniger einen Eindruck davon erhalten, als den eines Chaos, in dem er noch nichts unterscheidet, oder eines weiten Ozeans, auf den er sich ohne Kompaß und Leitstern versetzt sieht.“ Der fehlende Kompaß wurde vor 150 Jahren weniger als störend empfunden, die Universität war noch nicht in dem Umfang wie heute unentbehrliche Pflanzstätte für akademische Berufe; Wirtschaft und Verwaltung waren nicht in dem Maße wie heute spezialisiert und auf wissenschaftlich vorgebildete Kräfte angewiesen. Heute ist in der ganzen Welt der überschaubare langfristige Bedarf an wissenschaftlich vorgebildeten Kräften gewaltig angestiegen. Das Vorhandensein einer großen Zahl wissenschaftlich (und vielfach zugleich spezialisiert) ausgebildeter Kräfte in bestimmten Berufen (nicht in allen) ist heute eine der Existenzbedingungen für das Funktionieren jeder Industriegesellschaft. Wenn alle diese Kräfte Ausbildung an Universität und Technischer Hochschule erhalten müssen, entsteht ein Massenproblem, das die deutsche wissenschaftliche Hochschule nicht lösen kann, ohne entweder ihr herkömmliches Bildungsziel oder die gründliche Berufsvorbereitung und Fachausbildung oder sogar beides zu gefährden. Hinzu kommt: nur die akademische Fachausbildung gibt heute in den meisten Fällen Zugang zu den oberen Rängen der Gesellschaft, nur diese Art der Ausbildung ermöglicht höheres Einkommen, höheres Sozialprestige. Der Andrang zu den oberen Etagen des Bildungswesens wird daher auch in Zukunft anhalten, ja sich verstärken. (Schluß folgt.)

Heilung seelischer Leiden

14. Lindauer Psychotherapie-Woche — Zusammenarbeit mit „klassischer“ Medizin

Zum ersten Male kamen auf einer Psychotherapie-Woche in Lindau nicht in erster Linie Psychotherapeuten, sondern Ärzte zu Wort, die sich mit dieser speziellen Behandlungsart bisher nicht oder kaum beschäftigt haben. Mit dieser geschickten Neuerung gelang es Dr. Helmuth Stolze, dem langjährigen Leiter dieser 1950 von dem kürzlich verstorbenen Professor Ernst Speer ins Leben gerufenen Tagungen, den sonst auch hier üblichen Vortragsstil in Richtung auf ein „Gespräch“ — ein wichtiges Mittel der Psychotherapie — aufzulockern. Vor allem ging es ihm wohl aber darum, die weite Kluft, die noch immer zwischen den Vertretern der „klassischen“ Medizin und der Psychotherapie besteht, ein Stück weit einzuebrennen. Denn die Psychotherapeuten leben noch immer in einer Isolation, die sie nur schwer durchbrechen können. Umgekehrt fanden bisher nur relativ wenige Ärzte durch alle Mauern herkömmlichen Denkens zur Psychotherapie — die doch nichts anderes ist und sein will als eine diagnostische und therapeutische Disziplin wie alle anderen medizinischen Disziplinen, die man auch genau so lernen und lehren kann. Während man im Ausland in der Anerkennung der Psychotherapie schon weiter ist, setzt sie sich in Deutschland an den Hochschulen und in der Praxis erst seit dem Ende des letzten Krieges allmählich durch. Immerhin gibt es heute bereits an mehreren Universitäten Extraordinariate für Psychotherapie; einige Ordinarien für Psychiatrie haben eine Oberarztstelle an ihrer Klinik mit einem Psychotherapeuten besetzt. Trotzdem — und nicht zuletzt wegen der geringen Zahl an Ausbildungsstätten für Psychotherapie — gibt es heute noch viel zu wenig Ärzte, die auf diesem Gebiet tätig sind. Die 14. Lindauer Psychotherapie-Woche hatte sich daher zum Ziel gesetzt, einmal aufzuzeigen, wo und wie überall in den verschiedenen Fachgebieten der Medizin die Psychotherapeuten mitwirken und mithelfen könnten. Dr. Stolze ließ daher von jeder Fachrichtung — von der Chirurgie bis zur Augenheilkunde, vom Zahnarzt bis zum Geburtshelfer — einen Fachmann sprechen. Das Ergebnis dieser Kurzreferate und der anschließenden Rundgespräche der Referenten mit einem Psychotherapeuten bestätigen den Wert des etwas ungewöhnlichen, aber wirksamen Weges, den Dr. Stolze diesmal gewählt hatte: es gab genug Anregungen und Hinweise auf beiden Seiten.

„Psychotherapie“ am Krankenbett

Ein wenig „Psychotherapie“ treibt jeder gute Arzt bewußt oder unbewußt, wenn er sich nicht mit dem Notwendigsten begnügt, sondern versucht, den „Hintergrund“ einer Erkrankung aufzuspüren und Ansätze für die Therapie zu finden. In der Klinik ist es nicht zuletzt die Stationschwester, die „Psychotherapie“ treiben kann und muß: jeder, der zu einer Operation oder einer schwierigen oder langwierigen Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert wird, bedarf der „Ansprache“, nicht nur der üblichen Voruntersuchungen. In vielen Fällen, vor schweren Operationen zumal, sehen sich die Patienten plötzlich mit ihrem bisherigen Leben konfrontiert, über das sie nun nachdenken; seelische Krisen, die bis an die Wurzel der Existenz gehen können, sind häufig die Folge. Nicht weniger wichtig ist das helfende, klärende, tröstende Wort des Arztes nach einer Operation, die mit dem Verlust eines Armes, eines Beines oder mit einer entstellenden Narbe endete. Wie viele seelische Komplikationen können hier entstehen, und ein Leben lang nachwirken! Wieviel könnte der Arzt, der sich auf Psychotherapie versteht, hier tun — und wie viel mag wohl wirklich an „psychischer“ Therapie geschehen?

Mit seinem Zustand aussöhnen

In Lindau fiel bei der Diskussion einmal ein klärendes Wort über die „Psychotherapie“, über die so viele wirre, nebulöse und spekulative Vorstellungen verbreitet sind: Psychotherapie versucht, den Menschen mit seinem Zustand auszusöhnen. Das ist ein klares, schlichtes Wort, das auf die beiden unterschiedlichen Ansatzpunkte für jede Art von psychotherapeutischer Tätigkeit hinweist: einmal kann der Arzt, der Psychotherapeut, versuchen, die seelischen Komplikationen zu lösen oder wenigstens zu mildern, die vor, während oder nach einer Krankheit auftreten. Die zweite Aufgabe besteht darin, seelische Erkrankungen zu behandeln, die körperliche, somatische Krankheitserscheinungen hervorrufen, also die Ursachen

von Krankheiten zu beseitigen. Je nach der Art des medizinischen Gebietes sind diese Arbeitsfelder unterschiedlich verteilt, wie bei den Diskussionen der Lindauer Psychotherapie-Woche immer wieder dargelegt wurde. Aber es gibt praktisch keine Disziplin, in der man den Psychotherapeuten überhaupt nicht brauchen könnte.

Seelische Hilfen bei Krankheiten

So wies nicht nur Dr. Martin Nagel/Mainz als Chirurg, sondern auch Oberarzt Dr. Karl Friedrich Schlegel/Köln als Orthopäde auf die Notwendigkeit und die vielseitige Möglichkeit einer psychotherapeutischen Hilfestellung vor und nach der Operation oder der Behandlung hin; aber auch dem Augenarzt stelle sich, wie Dr. Aron Ronald Bodenheimer/Zürich darlegte, oft die Aufgabe, psychotherapeutisch auf den Patienten einzuwirken, besonders natürlich, wenn der Verlust des Augenlichts den Patienten in eine schwere seelische Krise führt. Die Psychotherapie kann aber auch wertvolle Unterstützung leisten bei dem Bemühen, einen Patienten seelisch wieder so „aufzurichten“, daß er nach längerer Krankheit wieder arbeitsfähig wird; hier muß oft erst der Wille zum Gesundsein wieder geweckt und mitunter ein eigenartiges, aber offenbar durchaus verbreitetes „Rentendenken“ überwunden werden. Wie sehr oft „Kleinigkeiten“ zu körperlichen Erkrankungen führen können, die seelische Komplikationen nach sich ziehen, schilderte Dr. Schlegel an Beispielen der Überforderung des jugendlichen Körpers. So ist schon eine junge, noch nicht voll körperlich ausgewachsene Sekretärin gezwungen, ständig mit ihrem viel zu schwachen kleinen Finger der linken Hand auf der Schreibmaschine einen besonders häufigen Buchstaben, das „a“, zu tippen, weil die Schreibmaschinenhersteller diesen Buchstaben so angeordnet haben. Schlegel verurteilte aber auch die Forderung an Kinder, beim Essen ständig „gerade“ zu sitzen, im Omnibus oder Straßenbahn zu stehen, nachdem sie stundenlang in der Schule gegessen und viel zu wenig Bewegung gehabt haben — alle diese „alten Zöpfe“, wie Schlegel sagte, überfordern den kindlichen Bewegungsapparat. Man sollte ihnen wenigstens nicht verbieten, die Schulaufgaben auch einmal auf dem Bauch liegend zu machen — es ist einfach eine natürliche Reaktion des Körpers, die nach Ausgleich sucht. Ein geradezu klassischer Fall für den Erfolg psychotherapeutischer Methoden sind die verschiedenen Beihilfen für eine schmerzfreie Geburt. In Lindau wurde von Dr. Rudolf Hellmann/Hamburg vor allem die Methode des Amerikaners Dick Read vorgestellt und im Film durchgeführt; Hellmann hat wesentlichen Anteil daran, daß diese Methode in Deutschland nach dem Kriege bekannt wurde. Neben Entspannungs- und Atmungsübungen beruht sie — wie andere Verfahren — im wesentlichen auf einer geschickten psychologischen Beeinflussung der Frau; sie zielt darauf ab, ihr die Angst vor der Geburt und vor allem vor den Schmerzen zu nehmen. Denn diese Angst fördert entsprechende Reaktionen des Körpers, die die Geburt erschweren, und diese sind wiederum Anlaß zu erhöhter Angst. Ein Kreislauf, der bei den Frauen zivilisierter Länder geradezu „selbstverständlich“ geworden ist, obwohl Geburten bei sogenannten „primitiven“ Völkern meist schmerzfrei verlaufen. Die Erfolge Dick Reads sind verblüffend und sicher auch für jene überzeugend, die der Psychotherapie noch zurückhaltend gegenüberstehen.

Seelische Konflikte als Krankheitsursache

Ärzte sind wegen ihrer vorwiegend auf naturwissenschaftlicher Grundlage stehenden Ausbildung geneigt, Krankheiten auf somatische, körperliche Ursachen zurückzuführen. Aber auch seelische Konflikte und Neurosen können Krankheiten hervorrufen, die sich auf die unterschiedlichste Art äußern. Man kann die Krankheiten dann meist am erfolgreichsten und besten heilen, wenn man nicht die somatischen Erscheinungen, sondern die psychische Wurzel der Erkrankung angeht. Allerdings scheinen die Methoden einer solchen psychischen Behandlung noch nicht sehr weit bekannt zu sein: sonst gebe es eben viel mehr Psychotherapeuten.

Bei der Lindauer Psychotherapie-Woche wurde über eine Fülle von Beispielen für solche „psychogenen“, auf seelischen Komplikationen beruhenden Krankheiten berichtet. So leuchtet ein, daß bestimmte Sprechstörungen wie Stottern meist auf seelische Ursachen zurückzuführen sind; Dozent

Dr. Anton Schilling/Berlin zählte aber noch andere Erscheinungen auf wie jene gequält klingende Stimme, die man fälschlich als „chronische Heiserkeit“ bezeichnet, oder auch die Fistelstimme bei Jungen, eine Erscheinung, die in der letzten Zeit in zunehmendem Maße beobachtet wird und die eine Verzögerung der Männerstimme darstellt. Auch bei der Dermatologie gibt es zahlreiche seelisch bedingte Erkrankungen — schon allein das harmlose Erröten ist ja nichts anderes als eine Reaktion der Haut auf einen seelischen Vorgang. Professor Dr. Siegfried Borelli/München wies aber auch auf das Schwitzen in bestimmten Situationen hin, ferner auf mancherlei Juckreize und Ticks, sogar auf Allergien und auf jene Reaktion der Speicheldrüsen unter gewissen seelischen Einflüssen, die man so plastisch mit den Worten „Mir blieb die Spucke weg“ zu umschreiben pflegt. Einen ganzen Katalog von seelisch bedingten Krankheiten legte der Direktor der Tübinger Universitätsfrauenklinik, Professor Dr. Hans Roemer, in Lindau vor: von der Frigidität bis zur Pubertätsmagersucht gibt es eine Fülle von psychogenen Frauenkrankheiten, die nicht zuletzt auch auf sexuelle Komplikationen zurückzuführen sind. Aber auch die Aufgaben der Mutter bei der Erziehung der Kinder und ihre Einstellung zu den Kindern bergen, wie Professor Dr. Helmuth Müller/Bethel betonte, eine Menge seelischen Konfliktstoff, der sich dann in psychogenen Erkrankungen niederschlagen kann. Schließlich gab auch ein Zahnarzt, Dr. Wilhelm Balters/Waldbröl, interessante Einzelheiten über die Auswirkungen seelischer Konflikte auf die Entwicklung des Gebisses bekannt. Vor allem die Zunge scheint, als ein ungemein „ausdrucksvolles“ Organ, die Zahnstellung im frühen Alter nachhaltig beeinflussen zu können; daß die Zungenhaltung wiederum auf seelische Reaktionen zurückgehen kann, ist bekannt. Nach den von Balters vorgeführten Abgüssen ist es in beachtlich kurzer Zeit möglich, die Mängel des Gebisses auszugleichen, wenn die seelischen Störungen, vor allem Entwicklungshemmungen aller Art, beseitigt werden.

Grenzen der Psychotherapie

In diesen und anderen Referaten und Diskussionen wurden auf der Lindauer Psychotherapie-Woche aber auch die Grenzen der Psychotherapie immer wieder sichtbar. Einmal gibt es eine ganze Reihe von Krankheiten, die einwandfrei somatischer Natur sind und daher mit psychischen Methoden nicht zu beeinflussen sind. Die Psychotherapeuten trachten im übrigen, wie die Diskussionen zeigten, auch durchaus nach der Erkenntnis der Grenzen ihrer Methode und neigen keineswegs dazu, sie zu überschätzen. Ferner ist zu beachten, daß psychogene Zusammenhänge nicht immer leicht zu durchschauen sind, so daß man Fehlbehandlungen auch nicht ganz ausschließen kann. Vor allem sollte der Psychotherapeut, wie Professor Roemer im Zusammenhang mit den Frauenkrankheiten hervorhob, stets fragen, ob eine Behandlung möglich, nötig und welches der beste Zeitpunkt ist. Roemer trat sogar dafür ein, unter bestimmten Bedingungen auch bei psychogenen Erkrankungen lieber eine Behandlung mit Medikamenten einer psychotherapeutischen Behandlung vorzuziehen; das gelte vor allem für gewisse kurzdauernde Affekte.

Schwierigkeiten der psychischen Behandlung ergeben sich auch bei Erkrankungen, die sowohl somatischer wie auch

psychischer Natur sein können. Als Beispiel wurde die Angina erwähnt, die teilweise Ausdruck einer seelischen Konfliktlage sein kann. So wurde von einem Mädchen berichtet, das aus Angst vor der Verlobung eine Angina bekam. Auch bei bestimmten Sprech- und Sprachstörungen ist anscheinend die Grenze zwischen somatischen und psychogenen Störungen nicht ganz leicht zu ziehen. Ganz problematisch wird es bei so einfach erscheinenden Krankheiten wie dem Ohrensausen, über dessen Natur sich die Ärzte noch nicht im klaren sind. Wie stark unter Umständen auch die Technik in das Krankheitsgeschehen eingreifen kann, dafür gab Dr. Nagel ein interessantes Exempel aus der Chirurgie: nach Herzoperationen mit der Herz-Lungen-Maschine treten relativ häufig postoperative Komplikationen auf. Die Patienten sind oft depressiv, manchmal äußern sie das Gefühl, ein „anderer Mensch zu sein“, oder fragen, ob sie jetzt „ein neues Herz“ hätten. Die Chirurgen gingen diesen merkwürdigen Komplikationen nach und stellten fest, daß sie nur nach solchen Herzoperationen auftreten, die mit der Herz-Lungen-Maschine vorgenommen wurden. Ferner ergab sich, daß die Komplikationen nur bei Erwachsenen auftreten — was allerdings vielleicht auf die noch kleine Zahl von Kindern zurückzuführen ist, die mit diesem Gerät bisher behandelt wurden. Vor allem aber ließen sich nie organische Störungen ermitteln, die man als Ursache der Komplikationen hätte betrachten können. Der Fall wirft einige schwierige Fragen auf. Denn wenn keine organischen Schäden vorliegen, so muß man annehmen, daß der gewiß schwere Eingriff ins Herz seelische Reaktionen hervorrufen kann. Aber warum treten diese Reaktionen dann nur bei Operationen mit Herz-Lungen-Maschine auf, nicht auch bei anderen Herzoperationen? Und warum finden sich Empfindungen, man sei „ein anderer Mensch“, nur bei Herz- und nicht auch bei anderen Operationen? Sollte das Herz doch mehr, als man bisher annahm, Sitz der „Persönlichkeit“ oder bestimmter psychischer Komponenten sein, wie die Dichter und die Liebenden seit jeher glaubten?

Die Ärzte wissen es nicht; das Rätsel um die postoperativen Komplikationen ist noch nicht gelöst, und auch in Lindau versuchte man nicht, Erklärungen zu finden. Doch dieses Beispiel beleuchtet eindrucksvoll, wie schwierig das „Gelände“ sein kann, in das sich der Arzt begibt, der nicht nur die somatischen, sondern auch die psychogenen Erkrankungen heilen will. Insgesamt aber hat die 14. Lindauer Psychotherapie-Woche doch gezeigt, wie viele Kontakte und Möglichkeiten des Zusammenwirkens und des Ergänzens sich zwischen der „klassischen“ Medizin und der noch jungen Psychotherapie ergeben. Es ergab sich aber auch der Eindruck, daß manches noch zugunsten des Patienten getan werden könnte, nicht nur in der Zusammenarbeit etwa von Hausarzt und Kliniker, sondern auch in dem Sinne, daß man den Psychotherapeuten nicht erst als letzten Ausweg, sondern möglichst recht bald heranzieht, wenn die Vermutung psychogener Ursachen beim Patienten gegeben ist.

Wie in jedem Jahr war die Psychotherapie-Woche mit Arbeitsgruppen und Kursen verbunden, die anschließend an die Vortragswoche durch Übungen fortgesetzt wurden.

Jürgen Buschkiel

Kernreaktor für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Deutschlands erster Forschungs- und Meßreaktor in Braunschweig in Bau

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig, die Nachfolgerin der einstigen Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin, wird in etwa drei Jahren über einen eigenen Kernreaktor verfügen. Im Gegensatz zu den üblichen Reaktoren, bei denen es vor allem um die Gewinnung von Energie, von starken Neutronenströmen oder von künstlichen Elementen geht, soll dieser Reaktor in erster Linie Meß- und Prüfzwecken dienen. Denn die Physikalisch-Technische Bundesanstalt als oberste Behörde für das gesamte Meß- und Prüfwesen in der Bundesrepublik muß auch auf dem Gebiet der Kernphysik und Kerntechnik ihre Aufgaben erfüllen können. Dazu gehört insbesondere die Prüfung und Eichung der vielfältigen Geräte, die von den Kernphysikern und -ingenieuren verwendet werden. Dementsprechend haben die Konstrukteure ihr Hauptaugenmerk nicht auf eine besonders große Leistung des Reaktors gelegt, sondern auf einen über längere Zeit möglichst konstanten Neutronenfluß innerhalb

eines möglichst großen Volumens, welches dann den eigentlichen „Meßraum“ darstellt.

Als Grundtyp wurde der sog. Wasserbad-Reaktor gewählt, weil dieser besonders große Sicherheit bietet. In einem senkrecht stehenden, wassergefüllten Beton-Zylinder von 3,50 m Durchmesser und 9 m Tiefe befindet sich in etwa 7 m Tiefe der Reaktorkern. Dieser besteht für den Anfang aus 25 Brennstoffelementen, die als quadratische Säulen von etwa 70 cm Länge ausgebildet sind. Sie werden in zwei Gruppen auf der Grundplatte angeordnet, so daß zwischen ihnen ein freier Raum von 60 bis 80 cm im Quadrat verbleibt, das eigentliche Prüffeld. Es wird mit schwerem Wasser gefüllt, um die Neutronen, die aus den Brennstoffelementen (MTR-Elemente mit 90% Uran 235) mit hoher Geschwindigkeit austreten, schnell abzubremsen auf normale, sog. thermische Geschwindigkeiten, wie sie in den meisten („langsamen“) Reaktoren auftreten. Zur Rege-

lung und völligen Abschaltung des Reaktors werden Bor-Carbid-Stäbe verwendet.

Auch dieser Reaktor hat immerhin noch eine Leistung von 1 000 Kilowatt, was etwa der Leistung einer Dampflokomotive mittlerer Größe entspricht. Diese Leistung erscheint als Wärme und wird mittels eines Wärmetauschers, der innerhalb des Hauptzylinders sitzt, auf einen äußeren Wasserkreislauf übertragen. Diese Anordnung hat den Vorteil, daß das radioaktive Wasser innerhalb des Zylinders nicht nach außen geführt zu werden braucht, wie das bei vielen Leistungsreaktoren der Fall ist. Ein weiterer Vorteil dieser Konstruktion besteht darin, daß der gesamte Reaktorkern in Ruheposition auf 9 m Tiefe abgesenkt werden kann, womit die Zählrohre, die während des Betriebes zur Beobachtung dienen, leicht zugänglich sind.

Der „Abbrand“ in den Brennelementen, der in dem Zerfall des Uran 235 besteht, bewirkt eine fortwährende Veränderung der geometrischen Verhältnisse der Brennelemente und damit auch der Geometrie des austretenden Neutronenstromes. Daher besteht, wie bereits angedeutet, eine der Hauptschwierigkeiten der Konstruktion darin, eine Anordnung der Brennelemente zu finden, die solche inneren Veränderungen nach außen hin möglichst wenig in Erscheinung treten läßt. Da diese Vorgänge nicht streng vorausberechnet werden können, liegt die endgültige Anzahl der Brennelemente ebenso wie der Regelstäbe noch nicht fest. Ähnliches gilt von der Größe des „Prüfraumes“: Wird

einerseits ein möglichst großer Abstand der beiden Gruppen von Brennelementen erstrebt, um gute Abbremsung und genügend Raum für Prüf- und Meßzwecke zu erhalten, so muß doch andererseits immer noch eine hinreichende Kopplung zwischen den beiden Gruppen vorhanden sein, d. i. eine wirksame wechselseitige Beeinflussung des Zerfalls des Uran 235 durch die Neutronenströme in beiden Gruppen, damit keine Unsymmetrien entstehen können. Dieser optimale Abstand wird voraussichtlich zwischen 60 und 80 cm liegen.

Mit diesem Reaktor, der einen Neutronenstrom höchster Konstanz liefern wird, können später jene Geräte geprüft und geeicht werden, mit deren Hilfe wiederum die entsprechenden Daten anderer Reaktoren gemessen werden sollen, beispielsweise Ionisationskammern und Zählrohre. Dieser Reaktor, dessen Kosten etwa 15 Millionen Mark betragen, wird auf dem europäischen Kontinent nicht seinesgleichen haben, z. Z. ist lediglich in Washington ein Reaktor ähnlicher Art in Bau. Der Reaktor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt wird neben Prüf- und Meßaufgaben jedoch auch für Forschungsaufgaben verschiedenster Art zur Verfügung stehen, so z. B. für die Untersuchung ferromagnetischer Stoffe, die Bearbeitung von Halbleitermaterialien für die Elektrotechnik, für die Radiochemie, für Isotopenuntersuchungen u. a. m. Auch wird er zur Bearbeitung von Fragen des Strahlenschutzes und der Reaktorsicherheit verwendet werden.

Erstes Deutschlandseminar des Verbandes Deutscher Studentenschaften vom 6. bis 9. Mai in Bonn

Rund 75 Vertreter der studentischen Selbstverwaltungen der Hochschulen der Bundesrepublik und der größeren Studentenverbände waren vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) nach Bonn eingeladen worden, um mit Wissenschaftlern und Politikern über die aktuellen Probleme der Deutschlandpolitik zu diskutieren. Mit diesen und ähnlichen für später geplanten Veranstaltungen bemüht sich der VDS darum, innerhalb der deutschen Studentenschaften dem Bemühen um Wiedervereinigung, der Beschäftigung mit den brennenden Problemen unserer Gegenwart neue Impulse zu verleihen. Wie der erste Vorsitzende des VDS, Emil Nutz, bei seiner Begrüßung betonte, geht es demnach bei diesem Seminar nicht um die Formulierung irgendwelcher Entschließungen, sondern in erster Linie darum, daß die verschiedenen Probleme möglichst gründlich durchdiskutiert werden.

Grundlage dieser Diskussionen waren 8 Vorträge, die sich auf die ersten drei Tage des Seminars verteilten:

Den Anfang machte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler Dr. Erich Mende. In knappen Worten faßte er die uns Deutschen gegenwärtig verbliebenen Möglichkeiten für die Wiedervereinigung zusammen: Aktivierung und Mobilisierung des Wiedervereinigungswillens in allen Bevölkerungsschichten, besonders aber bei der Jugend; Erhaltung und Förderung aller menschlichen Kontakte nach drüben und schließlich die Suche nach immer neuen Möglichkeiten, die Wiedervereinigungsfrage auf den Tisch internationaler Konferenzen zu bringen. Dabei sei jedoch folgendes zu beachten:

Die Wiedervereinigung könne nicht in einem Schritt durch freie Wahlen erreicht werden, diese müßten vielmehr am Ende einer größeren Anzahl kleinere Schritte stehen;

sie sei nur im Einvernehmen mit Moskau zu erreichen, niemals gegen die Sowjetunion, deren Sicherheitskomplex gebührend beachtet und berücksichtigt werden müsse;

die Wiedervereinigung könne nicht ohne oder gar gegen Europa geschehen, wobei durchaus nicht nur an das Sechereuropa der EWG gedacht sei. Die Bundesrepublik ist nach den USA im Westen, die Sowjetzone nach der UdSSR im Osten die zweitgrößte Wirtschaftsmacht, weshalb eine Wiedervereinigung Deutschlands auch im Westen mit gewisser Sorge betrachtet würde;

es müsse hinreichend Sicherungen vor und für Deutschland geben, wobei Deutschland durch den Verzicht auf Atomwaffen u. dergl. gewisse Vorleistungen erbringen könne;

weitergehende Vorleistungen, z. B. hinsichtlich der Ostgebiete, die ein Viertel des deutschen Bodens ausmachen, seien jedoch aus rechtlichen und politischen Gründen abzulehnen.

Mit diesen Ausführungen des Vizekanzlers war das Thema des Seminars bereits in groben Zügen abgesteckt. Auf einen Teilaspekt, „Die historischen Hintergründe der deutschen Teilung“, ging Professor Dr. phil. Erich Matthias (Neuere Geschichte) aus Bad Godesberg näher ein. Er unterschied dabei zwischen einer Oberflächen- und einer Tiefenschicht. Was mit letzterer gemeint war, verdeutlichte er mit dem Ausspruch eines Franzosen, die Teilung Deutschlands sei eine Folge der Weltteilung. An dieser seien die Deutschen jedoch in erheblichem Maße mitbeteiligt gewesen, indem drei Bewegungen, welche die alte Einheit der Welt zerrissen, von Deutschland ausgegangen seien: die Reformation, der Kommunismus und der Nationalsozialismus. Prof. Matthias äußerte jedoch Bedenken, daß eine weitere Verfolgung dieser Gedankengänge dem Seminar viel einbringen würde, er beschränkte sich daher in seinen weiteren Ausführungen auf die politischen Ereignisse, die zur Spaltung Deutschlands führten. Es kann hier sogleich hinzugefügt werden, daß diese Tiefenschicht auch in der Folge nicht mehr angerührt wurde. Letzter Redner des ersten Tages war Dr. jur. Thomas Dehler, Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Seinem Temperament entsprechend waren seine Ausführungen, die sich vor allem mit der Ostpolitik der letzten anderhalb Jahrzehnte befaßten, stark von persönlichen Erfahrungen bestimmt, doch hinterließen die von verhaltener politischer Leidenschaft getragenen Worte bei den Zuhörern einen starken Eindruck. Dem geflügelten Worte, daß die Politik die Kunst des Möglichen sei, setzte er die These entgegen, daß es Aufgabe des Politikers sei, das Notwendige möglich zu machen.

Am zweiten Tage wurden weitere Teilgebiete ausführlich behandelt. Es sprachen Professor Dr. jur. Boris Meißner (Ostrecht, Politik und Soziologie Osteuropas) von der Universität Köln über das Thema „Die Sowjetunion und die Einheit Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der völkerrechtlichen Probleme der Teilung“, Dr. Wolfgang Förster (Berlin) über „Die wirtschaftlichen Aspekte der deutschen Teilung“ und Professor Dr. phil. Richard Löwenthal (Wissenschaft von der Politik) von der Freien Universität Berlin über die „Deutsche Ostpolitik und Wiedervereinigung“. Wie schon am Tage vorher, richteten auch hier die Studenten im Anschluß an die Vorträge ihre Fragen an die Redner, die von diesen sodann beantwortet wurden. Dabei zeigte es sich, daß ein großer Teil der Seminarteilnehmer bereits erhebliche Kenntnisse über das jeweilige Gebiet besaß, daß darüber hinaus viele auch eigene praktische Erfahrungen im Umgang mit Zonenfunktionären besaßen. Besonders lebhaft wurden die Fragen der Stabilität Mitteleuropas unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung, das Problem der Oder-Neiße-Linie und schließlich die Möglichkeiten, die sich aus dem eigenwilligen Kurs des kommunistischen

Chinas ergeben könnten, debattiert. Dafür hatte der Vortrag von Professor Löwenthal entschieden am anregendsten gewirkt.

Am dritten Tage kamen wieder Politiker zu Worte: Walter Scheel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sprach über „Probleme der Entwicklungspolitik im Zusammenhang mit der deutschen Frage“, wobei allerdings das Hauptthema des Seminars zwangsläufig etwas in den Hintergrund trat. Angesichts des Umstandes, daß die Bundesrepublik mit rund 20 Milliarden Mark etwa das Tausendfache an Entwicklungshilfe geleistet hat im Vergleich zur Sowjetzone, sollten wir uns bemühen, damit das ganze Deutschland zu repräsentieren und so auch für Deutschland Sympathien zu erwerben. Mit Klaus Schütz, Senator für Bundesangelegenheiten in West-Berlin, trat als letzter Redner ein Politiker hinter das Rednerpult, der an besonders exponierter Stelle tagtäglich mit Fragen der Ostpolitik und der Teilung Deutschlands in Berührung kommt. An der Verhaftung einiger FDJ-Funktionäre in der Bundesrepublik — im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das ostberliner Pfingsttreffen der FDJ — entspann sich hier noch einmal eine heftige Auseinandersetzung um die Frage, ob es immer sinnvoll sei, gegenüber kommunistischen Funktionären das Legalitätsprinzip anzuwenden. Während der Senator sich mit großem Nachdruck dafür aussprach, an ihm festzuhalten, um nicht politische Entscheidungen in das Er-

messen von Richtern zu übertragen, neigte offenbar die Mehrzahl der Studenten zu der Auffassung, bei derartigen Fällen eher von opportunistischen Erwägungen auszugehen. Auch die Frage des Zeitungsaustausches kam in diesem Zusammenhang mehrfach zur Sprache.

Am vierten und letzten Tage fanden sich vier Politiker unter der Leitung von Dr. R. Klinkhammer vom Hessischen Rundfunk zu einem Podiumsgespräch über das Thema „Gibt es neue Wege in der Deutschlandpolitik?“ zusammen. Noch einmal Dr. Thomas Dehler, sodann Dr. Johann B. Gradl, CDU-Bundestagsabgeordneter für West-Berlin, Kurt Mattick, SPD-Vorsitzender von West-Berlin und Paul Wilhelm Wenger vom „Rheinischen Merkur“. Wenn sich auch ergab, daß neue Wege im Augenblick nicht gangbar seien, so wurde doch um so heftiger um die Frage gerungen, welche Einzelschritte unternommen werden könnten (z. B. Passierscheinaktion in Berlin); sei es, um die persönlichen Beziehungen nach drüben zu stärken, sei es auch, um größere Aktionen in weiterer Zukunft vorzubereiten.

Auch hier hatten die Studenten noch einmal Gelegenheit, selber Fragen zu stellen bzw. ihre Kritik zu äußern. Daß wir darüber hinaus der Welt immer wieder klarmachen müssen, daß es ohne die Lösung der Deutschlandfrage keine Ruhe geben wird, war eines der Ergebnisse, denen wohl alle vorbehaltlos zustimmten. K. Kromphardt

Zehn Jahre Stiftung Mitbestimmung

Das erste Dezennium ihres Bestehens hat die Stiftung Mitbestimmung in Düsseldorf mit einer Feierstunde begangen, auf der nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums, des früheren stellv. Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Georg Reuter, Kultusminister Professor Mikat als Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister und ein ehemaliger Stipendiat der Stiftung sprachen. Die Festrede hielt der Vizepräsident des Bundestages, Professor Dr. Carlo Schmid, über das Thema „Bildung — Ausbildung — Forschung“. Grußworte entbot Bundesratspräsident Dr. Diederichs zugleich in Vertretung des Bundespräsidenten und der Bundesminister des Innern Höcherl. Das Schlußwort nahm Ludwig Rosenberg als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er betonte dabei, daß bereits an der Wiege der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter-Bildungsvereine standen. Von Anbeginn habe sich die gewerkschaftliche und zweckgebundene Schulung niemals auf die rein fachlich notwendige Ausbildung beschränkt. Die Gewerkschaften hätten stets ein enges Verhältnis zur Wissenschaft, zum wissenschaftlichen Nachwuchs und zur Intelligenz gesucht. In der Stiftung Mitbestimmung dokumentiere sich diese Verbundenheit nicht nur institutionell, sondern durch die opferbereiten Beiträge auch personell. Wenn auch damit die bildungspolitisch anstehenden Aufgaben nicht gelöst würden, so werde durch diese Leistungen doch eine zukunftsreiche Brücke zwischen der Arbeitnehmerschaft und dem Bereich von Wissenschaft und Forschung geschlagen.

Daß die Stiftung Mitbestimmung mit dieser Mittlerfunktion eine Arbeit von wachsender Bedeutung leistet, daß die hierbei gesammelten Erfahrungen und Beziehungen mehr als ein guter Anfang sind, daß sie nach Art und Zielsetzung auch eine zukunftsreiche Entwicklung verheißen, zeigt der Bericht 1954 — 1963, den die Stiftung über das erste Jahrzehnt ihres Bestehens gleichzeitig vorlegt. Er bietet auf rd. 100 Seiten nicht nur zur Dokumentation und zur finanziellen Entwicklung guten Einblick, sondern durchleuchtet auch die Förderungserfahrungen in beispielhafter Präzision.

Über die Stiftungsleistungen

Die Stiftung finanziert sich vornehmlich aus den Spenden der den Gewerkschaften angehörenden Aufsichtsratsmitglieder und Arbeitsdirektoren in den Vorständen der Unternehmen. Sie spendeten in den letzten Jahren insgesamt 8,45 Mill., davon im letzten Jahr 1,4 Mill. DM. An Bundeszuschüssen für die Förderung der Stipendiaten an wissenschaftlichen Hochschulen erhielt die Stiftung in 6 Jahren 1,7 Mill. DM. Dazu kamen, erstmals im Vorjahr, 250 000,— DM für die Förderung von Promotionen oder Zweitstudien aus den Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk.

Die Stiftung Mitbestimmung hat sich in den letzten Jahren zum anerkannten Hochbegabtenförderungswerk ent-

wickelt. Im Gegensatz zu anderen Stiftungen dieser Art fördert sie jedoch nicht nur Studenten an Universitäten, Technischen Hochschulen und Pädagogischen Hochschulen, sondern auch an Staatlichen Ingenieurschulen und sonstigen höheren Fachschulen. Sie fördert auch das Studium an Einrichtungen zur Erlangung der Hochschulreife auf dem „Zweiten Bildungsweg“.

Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Stipendiaten liegt bei 50 %. Ein Drittel der an den wissenschaftlichen Hochschulen Geförderten hat die Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg erlangt. Fast $\frac{3}{4}$ aller Stipendiaten waren vor dem Studium bereits berufstätig, bei den Hochschülern waren es $\frac{1}{3}$. Diese Prozentsätze, die von der Zusammensetzung der gesamten deutschen Studentenschaft erheblich abweichen, charakterisieren zugleich die eigene Aufgabenstellung und den Erfolg der Stiftung bei der Ausschöpfung der Begabtenreserven.

Die Stiftung Mitbestimmung hat bisher 1119 Studenten gefördert; 564 von ihnen sind bereits aus der Förderung ausgeschieden; 555 befinden sich noch in der Förderung, davon erhalten 38 ein Volkswagenstipendium und 43 werden „ideell“ gefördert. Die Stipendien werden grundsätzlich als Zuschüsse gewährt; Darlehen werden nur in Sonderfällen gegeben. Das Stipendium beträgt für ledige Studenten 250,— DM im Monat, für Verheiratete 350,— DM. Das Stipendium wird auch während der Semesterferien bezahlt. Im Semester wird zusätzlich ein Büchergeld von 90,— DM gezahlt.

Die Stiftung hält engen Kontakt zu den Studenten. Sie wird dabei von ihren örtlichen Vertrauensdozenten gestützt. Die Durchführung von Seminaren, Zuschüsse zum Bau von Studentenwohnheimen und die Finanzierung der Arbeit der Gewerkschaftlichen Studentengruppen gehört mit zu den Aufgaben der Stiftung.

Von den bisher geförderten Stipendiaten besuchen wissenschaftliche und pädagogische Hochschulen 666, Höhere Fachschulen 260, die Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg 121 und Institute zur Erlangung der Hochschulreife 31.

In einer Fragebogenaktion hat die Stiftung den Versuch unternommen, den weiteren Weg der ausgeschiedenen Stipendiaten zu verfolgen. Es wurde festgestellt, daß 86 % von ihnen ihre Examina bestanden haben. Der Durchschnitt der Examensnoten der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen lag (ohne Juristen) bei 2,4, für die Juristen bei 3,2. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Stiftung erst seit Einführung der allgemeinen Förderung nach dem Honnefer Modell 1958 den Maßstab der „Hochbegabung“ anzulegen hatte.

Die Examensergebnisse der Studenten, die über den zweiten Bildungsweg an die Hochschule kamen, stehen nicht hinter denen der normalen Abiturienten zurück. Bei der Auswertung der jetzigen Tätigkeit der ehemaligen Stipendiaten ergab sich, daß 15 % von ihnen in Erziehung und

Kurz berichtet

Dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung hat das Bundeskabinett unter Vorsitz von Bundeskanzler Ludwig Erhard zugestimmt. Die Vereinbarung, die vorsieht, daß beide Vertragspartner in den kommenden Jahren jährlich je 250 Millionen DM zum weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bereitstellen, kann damit in Kraft treten. Das Abkommen war von den Ländern bereits kurz nach der Bundestagsdebatte am 19. März gebilligt worden. Neben dem gemeinsamen Ausbau der Hochschulen und Universitäten nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates legt der Vertrag fest, daß der Bund und die Länder für die Dauer der Laufzeit des sogenannten Königsteiner Abkommens den jährlichen allgemeinen Zuschußbedarf der deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft einschließlich der erforderlichen Baumaßnahmen je zur Hälfte tragen. Im Bundeshaushalt 1964 sind dafür 108 Millionen DM vorgesehen. Weitere 300 000 DM werden nach Inkrafttreten des Verwaltungsabkommens hinzukommen.

Den Urentwurf eines Bayerischen Hochschulgesetzes hat die Münchener Landtagsfraktion der FDP im Bayerischen Landtag vorgelegt. Der Entwurf verwertet vorliegende Anregungen und Vorschläge aus dem Hochschulbereich, Denkschriften und Ausarbeitungen der Hochschulverbände und hochschulpolitische Konzeptionen aus anderen Ländern. Ehe dieser Entwurf als Initiativgesetzantrag im Landtag eingebracht wird, soll er in der Öffentlichkeit und vor allem auch im Bereich der Hochschulen selbst ausgiebig diskutiert werden. Er ist vom FDP-Fraktionsbüro München, Maximilianeum, erhältlich.

Der Zuschußbedarf für die Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft soll nach dem neuen Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern von einer Kommission geprüft und festgesetzt werden, in die jedes Land einen stimmberechtigten Vertreter entsendet. Der Ausschuß muß seine Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit fassen. Auf einstimmigen Beschluß des Verwaltungsausschusses sollen auch weitere Forschungseinrichtungen in das Abkommen mit einbezogen werden können. Der Bund und die Länder haben sich durch das Verwaltungsabkommen darauf geeinigt, je zur Hälfte die Gelder für die Studentenförderung nach dem Honnefer Modell aufzubringen. Zur gegenseitigen Unterrichtung und zur gegenseitigen Abstimmung über die finanzielle Förderung von Wissenschaft und Forschung bilden Bund und Länder eine ständige Kommission. — Das Verwaltungsabkommen soll längstens bis zum 31. Dezember 1966 gelten.

Die deutschen Hochschulen würden bald gezwungen sein, ihren Studienbetrieb zu teilen, äußerte bei der Immatrikulationsfeier der Rektor der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Professor Dr. Alfred Rammelmeyer. Um den nötigen Nachwuchs für die akademischen Berufe zu bekommen, werde sich für die meisten Studierenden eine weitgehende „Verschulung“ des Studiums mit vorgezeichneten Studienplänen und Zwischenprüfungen nicht vermeiden lassen. Getrennt von dieser „Berufsvorbildung“ für die Mehrzahl, müsse es aber das Ziel der Hochschulen bleiben, eine Elite junger Wissenschaftler und Forscher heranzubilden, die in der großen Zahl der Studenten nicht untergehen dürfe.

Das Institut für Aeronomie in Lindau am Harz errichtet in Südwestafrika die Ionosphärenbeobachtungsstation „Tzumbé“. Wie Professor Dr. Dieminger, der Institutsleiter, mitteilte, geht die Station ihrer Vollendung entgegen. Deutsche Techniker sind bereits beim Einbau der

in der Walfischbai gelandeten Beobachtungs- und Meßgeräte sowie der zum Teil 120 Meter hohen Antennen. Das Lindauer Institut, das am 15. Juni seine Wissenschaftler zum fünfundsechzigjährigen Bestehen des geophysikalischen Observatoriums „Sondankylä“ nach Nordfinland entsendet — einer Schwesterstation, die mit Apparaturen aus Lindau ausgerüstet ist —, wird demnächst auch wieder seine fahrbare Ionosphärenbeobachtungsstation nach Sardinien transportieren, um dort Messungen beim Start von europäischen Versuchsraketen vorzunehmen.

Zur Erforschung und Beseitigung des Krebses solle die Bundesrepublik in Zukunft ein Promille ihrer jährlichen Einnahmen aus der Tabaksteuer — das wären etwa 4 Millionen Mark —, zur Verfügung stellen. Dies forderte der Krebsforscher Professor Dr. Hermann Druckrey, Direktor der chirurgischen Universitätsklinik in Freiburg im Breisgau.

Das 50jährige Bestehen feiert die Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität am 10. Juni 1964. Im Wintersemester 1914/15 begann die Universität mit 518 Studenten und 100 Studentinnen ihre Arbeit. Sie ist inzwischen auf rund 13 000 Studierende angewachsen. Zum Jubiläum werden Rektoren und Vertreter von über 65 auswärtigen wissenschaftlichen Hochschulen, auch europäischer und außereuropäischer Universitäten erwartet. Die Geschichte der Universität bis in die Gegenwart ist eigens in einer Schrift von Professor Dr. Flesch-Thebesius dargestellt. Die ehemaligen Frankfurter Studenten sind von der Universität zu einem Treffen mit ihren Professoren für den 11. Juni eingeladen worden.

Ein Physik-Department mit Gleichstellung aller Lehrstühle besteht bereits seit über 4 Jahren an der Universität Freiburg. Dieses Physikalische Institut umfaßt bis jetzt 5 Lehrstühle für Experimentalphysik und 2 für Theoretische Physik mit insgesamt 120 Planstellen für Assistenten, Verwaltungs- und technisches Personal. Der geschäftsführende Direktor wechselt turnusgemäß alljährlich, desgleichen wechseln jährlich die Dozenten der Pflichtvorlesungen. Alle Instituteinrichtungen, wie etwa Bibliothek und Werkstätten, werden gemeinsam genutzt.

Russische Sprachkurse für Naturwissenschaftler, die seit mehreren Jahren an der Universität Freiburg durchgeführt wurden, mußten im laufenden Sommersemester erstmalig eingestellt werden, da infolge der Kürzungen im Haushalt des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung keine Mittel mehr zur Verfügung standen. An den Kursen nahmen jeweils 30 bis 40 Studenten und Assistenten teil.

Die Ausbildung von Diplom-Mathematikern naturwissenschaftlich-technischer Richtung wurde an der Bergakademie Clausthal, Technische Hochschule, mit Wirkung vom 1. 4. 1964 durch den Niedersächsischen Kultusminister genehmigt.

Ein Organisationsausschuß zum Vorantreiben der Hochschulreform wurde an der Wirtschaftshochschule Mannheim aus Vertretern der Hochschule, des Landes Baden-Württemberg, der Stadt Mannheim und des Wissenschaftsrates gebildet. Seine Aufgabe wird vor allem darin bestehen, eine rasche und wirkungsvolle Zusammenarbeit der verschiedenen am Ausbau der Hochschule beteiligten Stellen zu gewährleisten. Eine besonders vordringliche Aufgabe ist dabei die Einrichtung von Lehrstühlen der neuen Philosophisch-philologischen Fakultät, was wiederum eine umfangreiche Bauplanung erfordert. Die Hochschule, die bisher noch im Ostflügel des Schlosses untergebracht ist, soll im Laufe dieser Erweiterung das gesamte Barockschloß einnehmen. Darüber hinaus ist noch ein Erweiterungsbau vorgesehen.

Nur ein Prozent der Familienangehörigen der deutschen Mehrpersonen-Haushalte besuchen Hochschulen, zwei Prozent besuchen Mittelschulen und fünf Prozent höhere Schulen. 25 Prozent der Haushalte hatten 1961 Kinder in einer Volksschule und 12 Prozent in einer Berufsschule. Insgesamt wurden im gleichen Jahr 9,1 Milliarden Mark von Bund, Ländern und Gemeinden für Schulen und Hochschulen ausgegeben. Die Ausgaben für Kliniken sind in dieser Summe nicht enthalten.

Die Konferenz der westdeutschen Universitätspädagogen hat in Frankfurt die Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft beschlossen. Zum Ersten

Wissenschaft tätig sind, 5% stehen jetzt im Dienste der Gewerkschaften.

Für die Wissenschaftsförderung gab die Stiftung 0,9 Mill. DM aus. Diese Gelder dienen hauptsächlich der Finanzierung von wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen über Fragen der Mitbestimmung. — Einem Wunsche der IG Bergbau entsprechend, die einen entscheidenden Anteil an der Errichtung der Stiftung hatte, wurden bisher 1,2 Mill. DM an das „Bergmannserholungs- und Erholungsunternehmen e. V.“ abgeführt, das damit 20 000 Silikosekranken Bergarbeitern einen Erholungsaufenthalt ermöglichte.

Vorsitzenden wurde der Tübinger Ordinarius für Philosophie und Pädagogik, Professor Otto Friedrich Bollnow, gewählt. Aufgabe der Vereinigung ist es, pädagogische Fachtagungen zu arrangieren, Kommissionen einzusetzen und den pädagogischen Nachwuchs zu fördern. In die Gesellschaft sollen nur einzelne Persönlichkeiten auf Vorschlag durch den Vorstand aufgenommen werden. Die Konferenz hat grundsätzlich ein pädagogisches Begleitstudium für alle künftigen Gymnasiallehrer gefordert.

Der neue Kultusminister in Baden-Württemberg, Universitätsprofessor Dr. Hahn/Heidelberg, ist als Nachfolger des ausgeschiedenen Kultusministers Professor Storz das einzige neue Mitglied des Regierungskabinetts Kiesinger. Er ist seit 1962 Bundestagsabgeordneter über die CDU-Landesliste, stammt aus Dorpat und wurde 1950 nach Heidelberg auf den Lehrstuhl für evangelische Praktische Theologie berufen. Als Rektor der Universität Heidelberg unternahm er 1960 mit acht Professoren und Dozenten die vielbeachtete Reise nach Leipzig.

Die französische Akademie der Politischen und Geisteswissenschaften hat den früheren Bundeskanzler Konrad Adenauer zum assoziierten Mitglied gewählt. Andere assoziierte Mitglieder sind Sir Winston Churchill und Dwight D. Eisenhower.

Die Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt hat auf der Sitzung ihres Kuratoriums eine neue Satzung erhalten, welche die Bezeichnung „Hochschule“ in „Deutsches Institut“ umwandelt. Nachdem die Finanz- und Kultusminister der Länder Ende 1963 die Aufnahme der Hochschule in das Königsteiner Abkommen und damit eine gemeinsame Finanzierung durch alle Bundesländer beschlossen haben, hat der Verwaltungsausschuß des „Königsteiner Abkommens“ den neuen Haushalt des künftigen Instituts aufgestellt. Mit Rücksicht auf die Arbeitsteilung mit dem MPG-Institut zur Erforschung des Bildungswesens in Berlin wird die Frankfurter Anstalt sich künftig nicht mit Fragen der Hochschulen, der Erwachsenenbildung und der Massenkommunikationsmittel beschäftigen. Das Schulfernsehen bleibt, soweit die Schule davon unmittelbar berührt wird, weiterhin ihr Aufgabengebiet. Andererseits wird das Berliner Institut auf das Entwickeln von Tests für den Gebrauch der Schule verzichten. Für die sich berührenden beiderseitigen Forschungsgebiete werden beide Institute sich in ständigem Kontakt halten, um Überschneidungen zu vermeiden.

Der Arbeitskreis für Terminologie, eine gemeinnützige Vereinigung fachsprachlich interessierter Persönlichkeiten und Institutionen im deutschen Sprachgebiet, hielt Ende 1963 seine Jahrestagung ab. Zum neuen Vorsitzenden wurde Leg.Rat 1. Kl. Dr. A. Lane, Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Dolmetscher und Übersetzer, gewählt. Dem Arbeitskreis gehören führende Institutionen wie der Deutsche Normenausschuß oder die Duden-Redaktion als Mitglieder an; er hat die Aufgabe, alle Bearbeiter von Fachsprachen, sei es in der Wissenschaft oder in der Europäischen Zusammenarbeit usw., in Verbindung zu bringen, um die geistige Leistung der Fachsprachen zu fördern. Zur Zeit ist die Herausgabe eines Merkblattes mit den notwendigsten Informationen geplant. Interessenten können sich bei der Geschäftsstelle (Zentralstelle für Terminologieforschung im Sprachwissenschaftlichen Institut der Universität Bonn) melden.

Die Errichtung eines „Robert Bosch-Fonds zur Förderung von Verkehrswissenschaft und Raumplanung“ haben die Gesellschafter des Familienunternehmens Robert Bosch GmbH, Stuttgart, als weiteren eigenen Beitrag zur Wissenschaftsförderung beschlossen. Der Fonds, der zunächst mit einem Betrag von einer Million DM ausgestattet werden wird, soll in erster Linie der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Verkehrswissenschaft dienen. Über seine Verwendung sind Gespräche mit der Technischen Hochschule Stuttgart eingeleitet.

Ein neues „Forschungs- und Beratungsinstitut für Städtebau und Wohnungswesen“ wurde vom Bund deutscher Architekten und der Stadt Nürnberg in Nürnberg gegründet. Es soll vor allem Beiträge zu einer zielsicheren städtebaulichen Entwicklung in der Bundesrepublik leisten, in dem es sich der Forschung, Entwicklung und Erprobung auf städtebaulichem Gebiet widmet. Außerdem soll dort Städteplanern und -bauern die Weiterbildung ermöglicht werden. Vorsitzender des neuen Instituts wurde Professor Dr. Werner Hebebrand aus Hamburg.

Das Forschungsinstitut für Physik der Strahlantriebe e. V. Stuttgart ist mit seinen Forschungseinrichtungen in den Verband der deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Braunschweig, eingegliedert worden.

Zu einem eigenen Forschungsinstitut für Tabakforschung beabsichtigt der Verband der Zigarettenindustrie seine schon vor einigen Jahren begründete „Wissenschaftliche Forschungsstelle“ auszubauen. Zusammen mit den eigenen wissenschaftlichen Forschungsabteilungen der großen Zigarettenfabriken sollen im Zusammenhang mit dem jüngsten amerikanischen Untersuchungsbericht die bisherigen Forschungsmethoden ausgeweitet und verbessert werden. In dem neuen Forschungsinstitut sollen vor allem Tierversuche in großem Umfang gemacht werden. Das Institut wird ein besonderes Tierhaus erhalten, das nach den Ratschlägen der Wissenschaft konstruiert ist. Der Etat dieses Instituts soll so reichlich bemessen werden, daß auch langwierige und kostspielige Tierversuche in einem Ausmaß angestellt werden können, wie sie bisher den Forschungseinrichtungen selbst an den Universitäten nicht möglich waren. Die zweite Aufgabe des Instituts wird die Analyse des Zigarettenrauches sein.

Zu den ersten Aufgaben des Pädagogischen Zentrums, das in Berlin errichtet wird, gehören Untersuchungen über eine Ausdehnung des politischen Schulunterrichts für junge Staatsbürger, über den Ausbau der technischen Elementarerziehung und die Ausarbeitung neuer „Erziehungsmodelle“. Hierzu liegt ein bisher unveröffentlichtes Gutachten deutscher und ausländischer Fachleute vor, das unter Vorsitz von Professor James Conant angefertigt wurde. Conant wird im September nach seiner einjährigen beratenden Tätigkeit Berlin verlassen. Bis dahin soll der Aufbau des pädagogischen Zentrums in enger Zusammenarbeit auch mit dem Max-Planck-Institut für Bildungswesen gesichert sein.

Um künftig entschieden mehr Jugendliche zur Hochschulreife zu führen, hat sich der nordrhein-westfälische Kultusminister Mikat dafür ausgesprochen, das neunte Volksschuljahr in Nordrhein-Westfalen ungeachtet des latenten Lehrermangels schon zu Ostern 1965 einzuführen. Man dürfe nicht länger zögern, erklärte Mikat, weil alle weiteren Reformpläne für das Schulwesen davon abhängen, ob das neunte Schuljahr zur Pflicht gemacht und die Volksschulen neu gestaltet würden. Wenn man bis zur Beseitigung des Lehrermangels warten wollte, müßten auch andere Pläne verschoben werden, die letztlich darauf abzielten, Auslese und Ausbildung für die Hochschulreife zu verbreitern.

Das Leistungsförderungsgesetz für zusätzliche Berufsausbildung wird nach Pressemeldungen nicht mehr in diesem Jahr verabschiedet werden. Dieses Gesetz soll die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Restsumme des Erlöses aus der Privatisierung des Volkswagenwerkes in Höhe von 560 Millionen Mark an einen Sonderfonds überführt werden kann, aus dem dann die berufliche Fortbildung gefördert werden soll. — Der erste Entwurf war vom Bundesrat aus verfassungsrechtlichen Gründen verworfen worden. Der neue Entwurf des Bundesschatzministers ist jetzt im Kabinett steckengeblieben. Der Ernährungsminister und der Postminister haben geltend gemacht, daß aus den Mitteln des Fonds, dem jährlich 50 Millionen Mark zufließen sollen, auch Gelder für die berufliche Fortbildung von Beschäftigten der Landwirtschaft und der Post bereitgestellt werden müßten.

Mehr Wert auf Eignung als auf Wissen soll bei der Aufnahme für die Kollegs, die auf der höheren Stufe des zweiten Bildungsweges zur Hochschulreife führen, gelegt werden. Auch solle nach einer von Vertretern der Kollegiaten in Wiesbaden gefaßten und den Kollegleitern unterbreiteten Entschließung in dieser Frage einheitlich verfahren werden. Die Kollegiaten, die schon eine abgeschlossene Berufsbildung haben müssen, wünschen außerdem für alle Kollegs das Recht, bei Disziplinar- und Leistungskonferenzen „gehört zu werden, sowie Mitwirkung bei der Unterrichtsgestaltung und der Stipendienbewilligung. An den Kollegs sollten nach Meinung der Kollegiaten zwei Fremdsprachen Pflicht sein, Religion aber nicht Pflichtfach, sondern Wahlpflichtfach oder Arbeitsgemeinschaft.

Ein Kolloquium in Physiologie in deutscher Sprache für Ausländer wurde an der Universität Bonn vom Instituts-Assistenten Dr. Jahn mit besonderem Erfolg zusätzlich durchgeführt. Der Stoff der Physiologievorlesungen, der

für die ausländischen Medizinstudenten nur schwer verständlich war, wurde in täglichen Aussprachen morgens vor den Vorlesungen durchgesprochen, wodurch sich der Durchschnitt der Prüfungsergebnisse entscheidend verbessert hat. Die ausländischen Studierenden aus Schweden, Norwegen, England sowie afrikanischer und asiatischer Herkunft haben diese fachsprachliche Hilfe mit großer Dankbarkeit beantwortet.

Im Rahmen eines Sonderprogramms der Friedrich-Ebert-Stiftung für lateinamerikanische Universitäten reiste am 14. Mai die erste Gruppe von 5 deutschen Stipendiaten über Antwerpen in ihre Studienländer. Die jungen Akademiker, die an deutschen Universitäten ihr Studium bereits abgeschlossen haben, werden 2 Jahre in Lateinamerika wissenschaftlich arbeiten und Vorträge über die Bundesrepublik halten. Von den 5 deutschen Akademikern, unter denen sich auch eine Frau befindet, werden 2 an Universitäten in Kolumbien, 2 in Peru und 1 in Argentinien wissenschaftlich tätig sein. Das Durchschnittsalter der Stipendiaten liegt zwischen 27 und 28 Jahren. Ihre Hauptfächer in der Bundesrepublik waren Anthropologie, Geschichte, Politologie und Volkswirtschaft.

Das Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg und die amerikanische Luft- und Raumfahrtbehörde (Nasa) haben ein Abkommen über die Zusammenarbeit im sogenannten „Luster-Projekt“ geschlossen. Zweck dieses Experimentes ist es, Teilchen kosmischen Staubes in großen Höhen zu sammeln, zu bergen und im Laboratorium physikalisch und chemisch zu untersuchen. Das Max-Planck-Institut wird geeignete Auffangflächen für Mikrometeoriten entwickeln und sie nach der Rückkehr aus dem Weltraum analysieren. Die Nasa übernimmt es, die Sonde in den Weltraum zu schießen und zu bergen. Die erste Forschungsrakete dieses Projektes soll schon im August dieses Jahres vom Raketenstartplatz White Sands in New Mexiko in eine Höhe von 45 Kilometern geschossen werden.

An der europäischen Rektorenkonferenz vom 2. bis 9. September 1964 in Göttingen werden voraussichtlich auch Vertreter mitteldeutscher Universitäten teilnehmen. Es liegen bereits etwa 200 Anmeldungen aus fast allen westeuropäischen Ländern vor. Insgesamt werden etwa 500 Gäste erwartet. Das Generalthema der Versammlung lautet „Die optimale und maximale Größe der Universität“. Dieses Thema wird von zwei Arbeitsgruppen behandelt, für deren Einzelthemen — „Die Einheit und Aufgabe der Universität“ und „Die Verantwortung der Universität gegenüber der Gesellschaft und gegenüber sich selbst“ — bereits von zwei internationalen Expertengruppen in zweieinhalbjähriger Arbeit detaillierte Berichte vorbereitet wurden. Auf Grund der Vorbereitungen im Präsidium und im Ständigen Ausschuss wird der Entwurf für ein Statut der Europäischen Rektorenkonferenz vorgelegt werden. Es ist beabsichtigt, daß sich diese III. Generalversammlung der Ständigen Konferenz der Rektoren und Vizekanzler der europäischen Universitäten eine Verfassung geben wird.

Die Dozenten und die Professoren an britischen Universitäten erhalten, wie die Britische Nationale Kommission für Gehälter bekanntgab, vom 1. April an eine Gehaltserhöhung. Die Erhöhungen liegen zwischen 50 Pfund jährlich für Hilfsdozenten und 500 Pfund jährlich für Professoren. Das Minimalgrundgehalt der Hilfsdozenten liegt zwischen 1050 und 1275 Pfund jährlich, dasjenige der ordentlichen Dozenten zwischen 1400 und 2505 Pfund jährlich je nach Kategorie, und dasjenige der Professoren wurde auf 3400 Pfund festgesetzt.

Zur Schulung von Firmenmanagern hat die britische Regierung im Einvernehmen mit der Industrie die Gründung von zwei „Harvard“-Schulen in Verbindung mit den Universitäten London und Manchester beschlossen. Sie akzeptierte auch ein Gutachten Lord Normanbrooks über die Kosten des Projekts, das den Kapitalaufwand auf 2,2 bis 2,4 Millionen Pfund veranschlagt, zu dem sich für die ersten sieben Anlaufjahre laufende Nettoausgaben von 1,7 Millionen Pfund gesellen. Alsdann werden die jährlichen Nettoaufwendungen 332 000 Pfund betragen. Regierung und Industrie wollen sich in die Kosten teilen. Vorgesehen sind ein einjähriger Kursus für zweihundert junge Vollakademiker (Gebühr: siebzig Pfund) und zwei Kurse von je zwanzig Wochen Dauer für je hundert fortgeschrittene Studenten, die bereits im Geschäftsleben Erfahrungen gesammelt haben und von ihren Firmen zur Teilnahme an einem Kursus beurlaubt werden (Gebühr:

sechshundert Pfund je Zwanzigwochenkursus). Abschlußexamen und akademische Titelverleihung sind einstweilen nicht in Aussicht genommen, sie können aber von den Universitäten eingeführt werden.

Um englische Wissenschaftler zur Rückkehr nach Großbritannien zu veranlassen, bereist zur Zeit eine Kommission die Vereinigten Staaten. Viele hochqualifizierte englische Wissenschaftler, vor allem Physiker und Chemiker, waren in den letzten Jahren nicht nur durch höhere Gehälter, sondern auch durch großzügigere Forschungseinrichtungen in den Vereinigten Staaten zur Auswanderung veranlaßt worden. Bei der Kommission sollen sich bisher an die 200 Wissenschaftler gemeldet haben, die unter Umständen an einer Rückkehr nach England interessiert seien.

Die katholische Fu Jen Universität, früher in Peking, ist im März in Taipei feierlich neu eröffnet worden. Das Studium haben rd. 500 Studenten aufgenommen, die sich auf 9 Departements verteilen. Von deutscher Seite werden die Sprachwissenschaftliche und die Naturwissenschaftliche Fakultät unterstützt. Der Vertreter der Bundesregierung in Honkong, Generalkonsul Dr. Bach, vollzog die formelle Eröffnung. Im Rahmen der Eröffnungsreden erklärte Dr. Richard Arens, SVD Regent der Natur- und Sprachwissenschaftlichen Fakultäten, Fu Jen solle so wie früher in Peking eine Kulturbrücke zwischen West und Ost sein. Der Komplex der neuen Universität, die seit ihrer ersten Gründung 1925 in Peking auf eine fast vierzigjährige Geschichte zurückblicken kann, umfaßt fünf moderne Bauten, unter denen das Sprachlabor seiner hervorragenden Ausstattung wegen besondere Anerkennung verdient. Aus Anlaß der Neueröffnung wurde von amerikanischer Seite ein Studienstipendium „in perpetuum“ gestiftet. Nach dem Satz des Konfuzius „Wo Erziehung und Bildung, da gibt es keine Klassen und Rassen“ will Fu Jen ihre alte Aufgabe neue bewähren, den Austausch zwischen westlichem Wissen und östlicher Weisheit zu pflegen.

Einem Programm für den Austausch britischer und chinesischer Wissenschaftler haben die Chinesische Akademie und die Royal Society zugestimmt. Von zuständiger Seite verlautet, daß bereits eine Anzahl von chinesischen Professoren und wissenschaftlichen Forschern nach Großbritannien gekommen ist.

Japan wird für wissenschaftlich interessierte Kreise im August sein siebtes Fernsehprogramm starten. Es soll wöchentlich einhundert Sendestunden ausschließlich wissenschaftlichen Inhalts ausstrahlen. — Technische Experten der deutschen Bundespost versicherten in Frankfurt, ein viertes Fernsehprogramm in der Bundesrepublik sei frühestens in etwa fünf Jahren möglich, wenn auch die Zentimeterwellen durch den weiteren Entwicklungsprozeß für Fernsehübertragungen erschlossen seien.

In Japan wird ein atomkraftgetriebenes Forschungsschiff geplant, dessen Kosten sich auf 70 Millionen Mark belaufen. Das Schiff soll eine Größe von 6350 BRT haben.

Allen schwedischen Studenten soll ein staatlicher Studienbeitrag bis zu 5000 Mark je Semester, unabhängig von der wirtschaftlichen Stellung ihrer Eltern, gezahlt werden. Bei verheirateten Studenten soll jeder Ehepartner Anspruch auf diese Summe haben. Das hat der schwedische Kultusminister dem Parlament vorgeschlagen. Etwa ein Drittel dieser Summe braucht nach dem Entwurf nicht zurückgezahlt zu werden; die Rückzahlung der Restsumme soll zwei Jahre nach Abschluß der Studien beginnen und spätestens bis zum 50. Lebensjahr beendet sein. Zinsen werden nicht erhoben. Auch für die schwedischen Gymnasialisten ist in dem Entwurf ein staatlicher Schulbeitrag von 60 Mark im Monat vorgesehen.

Als wissenschaftliches Zentrum für arktische Medizin ist die nordfinnische Universität Oulu, die „nördlichste Universität der Welt“, vorgesehen. Eine der ersten Forschungsaufgaben wird die Untersuchung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung in arktischen und subarktischen Gegenden sein. Die Untersuchungen in Finnisch-Lapland haben bereits begonnen. Für das Vorhaben zeigen auch Kanada, die Sowjetunion und die benachbarten skandinavischen Länder Interesse. Die Universität Oulu, die erst vor wenigen Jahren gegründet worden ist, baut unter anderem auch eine „arktische Bibliothek“ auf.

Zu einem Studienjahr für Bevölkerungsprobleme soll nach der einstimmigen Empfehlung der Beratenden Versamm-

lung des Europarates das Jahr 1966 erklärt werden. Eine vorbereitende Konferenz soll im Frühjahr 1965 in Straßburg stattfinden. Im August 1965 ist in Belgrad ein Weltkongreß für Bevölkerungsfragen geplant.

Eine mehrfarbige Landkarte der Wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, nach dem letzten Stande einschließlich der neugeplanten Wissenschaftsstätten herausgebracht. Die Karte im Großformat 54 x 59 cm eignet sich vorzüglich als Wandschmuck in Dienststellen und

Pflegestätten der Wissenschaft und sollte besonders im Ausland für unsere Hochschulen werben helfen. In bildlicher Art sind alle Hochschulorte mit charakteristischen Bauwerken und einprägsamen Fachinsignien in das deutsche Landschaftsbild gestellt. Auch die Standorte der wissenschaftlichen Spitzeninstitutionen sind kenntlich gemacht. Erfreulicherweise sind auch die alten Hochschulen im mitteldeutschen Raum deutlich herausgestellt. Die Karte ist für die Verbreitung im Ausland von hohem informativen Wert und für den deutschen Betrachter ein Dokument seiner wissenschaftlichen Heimat.

Aus Österreich

Die Rektorenkonferenz der österreichischen Hochschulen hat im Hinblick auf die bedrängte finanzielle Lage der Hochschulen und das weitere Anwachsen der Hörerzahl ein Kontaktkomitee zur Verbindung mit der Bundesregierung in Wien eingesetzt. Als Resultat der gemeinsamen Bemühungen ist das „Hochschulsanierungsgesetz“ (BGH Nr. 250/1963) zustande gekommen. Es stellt für die Bauten auf dem Sektor der Hochschulen und Kunstakademien S 185 Millionen zusätzlich bereit. Außerdem wurden an den wissenschaftlichen Hochschulen 29 Dienstposten für Professoren, 92 Dienstposten für Hochschulassistenten und 138 Dienstposten für sonstiges Personal zusätzlich geschaffen. Den Hochschulen wurde außerdem ein Betrag von S 25,7 Millionen aus ERP-Mitteln zugewendet. Das Kontaktkomitee bleibt laut Beschluß der Rektorenkonferenz auch 1964 in Funktion.

Die Anzahl der Studierenden in Österreich ist im Studienjahr 1963/64 weiterhin angestiegen. An den wissenschaftlichen Hochschulen studierten insgesamt 47 762, wovon 9876 Ausländer waren. Während die Ziffer der Ausländer gegenüber dem Vorjahr um fast 1000 gesunken ist, stieg die Ziffer der Inländer um mehr als 2000 Studierende an. Für die Studentenfürsorge standen 1963 S 1,8 Millionen zur Verfügung, für Studentenheime S 27,7 Millionen, mit denen 11 Projekte gefördert wurden.

Der neue österreichische Unterrichtsminister Piffl betonte in einer öffentlichen Erklärung in Wien, daß er den Hauptakzent seiner Tätigkeit auf die Förderung der Lehre wie der Forschung innerhalb und außerhalb der Hochschulen setzen wolle. Wenn auch das Niveau der Theater erhalten bleiben müsse, werde man vielleicht doch gewisse Verschiebungen in Richtung Wissenschaftsförderung ins Auge fassen müssen. Wenn den Fragen der Kulturpolitik in der neuen Regierungserklärung besonderes Augenmerk zugewandt worden sei, so hofft die Regierung auch auf Bundesgenossen, wenn es darauf ankomme, die Rangordnung der Ausgaben zugunsten der Bildung und Forschung zu verschieben. An den Interessenvertretungen werde es liegen, Einzelwünsche gegenüber diesen Anliegen der Allgemeinheit zurückzustellen, wenn es gelte, den bisher für Wissenschaft und Forschung versäumten Nachholbedarf zu befriedigen.

Die Steuerfreiheit für Wissenschaftsspenden in Österreich wird nach einer Erklärung des österreichischen Finanzministers Schmitz von der neuen Regierung erwogen, um die Forschungstätigkeit zu fördern. Diese Forderung war von den wissenschaftlichen Institutionen Österreichs seit Jahren immer wieder erhoben worden. Doch stieß sie bisher stets auf fiskalische Einwände. Schmitz versicherte, der Forschung als Voraussetzung für das weitere Wirtschaftswachstum mehr Mittel als bisher verschaffen zu wollen, wozu auch die Förderung des Mäzenatentums für die Wissenschaft gehöre. Die österreichische Presse begrüßt diesen Schritt, der auch geeignet sei, den Kontakt zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Österreich zu verstärken.

Im Zuge der Errichtung einer Universität in Salzburg sind die ersten Professoren der philosophischen Fakultät ernannt worden. Auch die Wahl des Dekans ist erfolgt. Die Wahl des Rektors wird vorbereitet. Auch die Vorbereitungen zur Aufnahme des Lehrbetriebes sind im Gange.

Der bisherige österreichische Unterrichtsminister Drimmel wurde vom Wiener Gemeinderat zum Stadtrat gewählt, dessen zusätzliche Wahl zum Landeshauptmann-Stellvertreter anschließend erfolgt ist. Drimmel erklärte, daß er den Stil seiner Tätigkeit als Kultusminister auch im Rathaus Wien beibehalten werde: Sachlichkeit, klare Grundsätze und gute Zusammenarbeit. Er sehe es seiner Mei-

nung nach als seinen Auftrag an, die geistigen Kräfte Wiens zu mobilisieren und für praktische Aufgaben zu interessieren. Wien müsse seinen Horizont wieder entsprechend seiner Tradition ausweiten.

Die Errichtung einer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz/Österreich sieht ein Gesetzentwurf vor, der zur Zeit von den beteiligten Stellen beraten wird. Nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes zur Bildung eines Linzer Hochschulfonds wird dieser einen Teil der Kosten für die neue Hochschule übernehmen. Das Kuratorium des Fonds ist bereits konstituiert worden.

Zur Förderung von Wissenschaft und Kunst wurden aus dem Theodor-Körner-Stiftungsfonds im Festsaal der Universität Wien Preise an 63 Männer und 12 Frauen aus dem Bereich der Natur- und Geisteswissenschaften verliehen. In den elf Jahren seit Bestehen der Stiftung wurden rund acht Millionen Schilling ausgeworfen, wovon 5,5 Millionen auf Förderungspreise entfallen. Außerdem wurden durch den Fonds wichtige internationale Konferenzen subventioniert. Österreichs Bundespräsident Dr. Schärff sagte anlässlich der feierlichen Überreichung, daß die Preise nicht nur den Preisträgern zugute kommen, sondern auch Zinsen für die Allgemeinheit tragen. Seitens der Stiftung wurde von dem Präsidenten ihres Kuratoriums bedauert, daß dieser Einrichtung bisher weder eine Konkurrenz erwachsen sei, noch daß sie nennenswerte Unterstützung aus den dafür prädestinierten Kreisen erhalte.

Das Europäische Forum Alpbach in Tirol findet in diesem Sommer, d. h. in den Tagen vom 21. August bis 8. September, mit seinen Internationalen Hochschulwochen zum 20. Male statt. Unter dem Generalthema „In der Mitte des 20. Jahrhunderts — Neue Fragestellungen seit 1945“ soll über das Resümee der bisher in den zwei Jahrzehnten erarbeiteten Erkenntnisse hinaus die Zuwendung auf die in den Brennpunkt rückenden Probleme der nächsten Zukunft erfolgen. Hierbei ist das Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft unter Voraussetzung der europäischen Gemeinsamkeit das besondere Anliegen des Programms. Als Einrichtung des „Österreichischen College“, Sitz Wien, ist das Europäische Forum Alpbach, übernational und politisch unabhängig, seit seiner Gründung intensiv für die Zusammenarbeit der europäischen Völker und für die Einigung des Kontinents eingesetzt worden. Durch Zeitanalysen, Grundlagenforschung, Methodenvergleiche und Gespräche zwischen den Disziplinen, an der sich vor allem auch Wissenschaftler und Studenten beteiligen, wird mit steigendem Erfolg darauf abgezielt, die verlorengegangene Universalität akademischer Bildung wiederherzustellen. Während in den ersten zehn Jahren die Teilnehmerzahl jährlich bei 100 lag, ist sie im zweiten Jahrzehnt auf 500 und mehr Personen verschiedenster Berufsgruppen und Altersschichten gestiegen.

In Wien ist ein „Europäisches Koordinations- und Dokumentationszentrum für Sozialwissenschaften“ vom Generaldirektor der UNESCO, René Maheu, eröffnet worden. Zum Arbeitsprogramm gehören unter anderem Studien über die Friedensmöglichkeiten unter der Voraussetzung der Abrüstung, die Frage der unterentwickelten Regionen in den Industrieländern, Stadt und Industrialisierung, Freizeitgestaltung. Auch sollen Planungsprojekte auf globaler Basis ausgearbeitet werden. Das Institut wird von der UNESCO und der österreichischen Regierung finanziert.

Zum 600jährigen Bestehen der Universität Wien, das im Mai 1965 gefeiert werden kann, wird die Universität Wien zehn Bände zur Geschichte der Hochschule und einen Band über ihre Gegenwartsaufgaben herausbringen.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Karlsruhe: Prof. Dr. phil. Paul Schulz (Lichttechnik) wurde für das Amtsjahr 1964/65 zum Rektor wiedergewählt.

Trier: Prof. Dr. theol. Balthasar Fischer (Liturgiewissenschaft) wurde für das Amtsjahr 1964/65 zum Rektor ernannt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin TU: Leitender Regierungsdirektor Privatdozent Dr. jur. Folkmar Koenigs (Handelsrecht) von der Freien Universität hat den Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl seines Faches angenommen.

Bonn: Prof. Dr. Hans Werner Surkau (Evangelische Religionspädagogik) erhielt einen Ruf auf den zweiten ordentlichen Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Universität Marburg. — Prof. Dr. jur. Hans Stoll (Bürgerliches Recht und Nebengebiete, Rechtsvergleichung) erhielt einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Deutsches und Ausländisches Zivilrecht an der Universität Frankfurt. — Prof. Dr. phil. Eugen Ewig/Mainz (Mittelalterliche Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften) hat den Ruf auf das Ordinariat für Mittelalterliche und Neuere Geschichte angenommen. — Privatdozent Dr. agr. Gerhard Fischbeck/München TH (Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung) wurde als ordentlicher Professor auf den neu errichteten Lehrstuhl für Speziellen Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung berufen. — Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: ao. Prof. Dr. rer. nat. Gisbert Hasenjaeger (Logik und Grundlagenforschung) und apl. Prof. Dr. phil. Peter Olbricht (Sinologie).

Braunschweig: Prof. Dr. phil. Otto Hitsch, M. Litt. wurde zum Ordinarius für Anglistik und Amerikanistik ernannt.

Darmstadt: Privatdozent Dr. jur. Alfons Kraft wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl I für Zivilrecht, Wirtschafts- und Arbeitsrecht berufen. — Privatdozent Dr. rer. nat. Erich Martensen wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Praktische Mathematik II berufen.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. jur. Günter Warda (Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie) erhielt einen Ruf an die Universität Bochum. — Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dozent Prof. Dr. rer. nat. Werner Schwan/Münster (Geologie) und Dozent Dr. phil. Eugen Wirth/Hamburg (Geographie).

Frankfurt: ao. Prof. Dr. phil. Jürgen Habermas/Heidelberg (Philosophie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie berufen.

Freiburg: Prof. Dr. jur. Werner Marx, Ph. D./New York (Philosophie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Hamburg: Prof. Dr. jur. Albrecht Zeuner (Zivilprozeßrecht, Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Zivilprozeßrecht und Bürgerliches Recht an der Universität Köln. — apl. Prof. Dr. theol. Bernhard Lohse (Kirchen- und Dogmengeschichte) hat den Ruf auf ein Ordinariat seines Faches angenommen.

Hannover: Prof. Dr. Kurt Kaemmerer/Wuppertal-Elberfeld wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Pharmakologie an der Tierärztlichen Hochschule berufen.

Trier: Prof. Dr. Peter Stockmeier/PH München wurde zum persönlichen Ordinarius für Kirchengeschichte berufen.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Andreas Flitner (Pädagogik) erhielt einen Ruf auf einen Lehrstuhl seines Faches an der Universität München.

b) außerordentliche Professoren

Freiburg: Dr. rer. nat. Siegfried Haussühl (Mineralogie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Kristallographie berufen.

d) Wissenschaftliche Räte

Bonn: apl. Prof. Dr. phil. Rudolf Haller (Neuere deutsche Literaturgeschichte) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Berlin: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Die Privatdozenten Dr. med. Friedrich Bschor (Gerichtliche und Soziale Medizin), Dr. med. Hanns-Werner Boschann (Geburtshilfe und Gynäkologie), Dr. med. Leonore Ballowitz (Kinderheilkunde), Dr. med. Heinz Grunze (Innere Medizin) und Dr. med. Horst Gansau (Geburtshilfe und Gynäkologie).

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Wilhelm Grünhagen (Klassische Archäologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

f) Dozenten und Privatdozenten

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Henning Kössler erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Philosophie an der PH-Nürnberg der Universität Erlangen-Nürnberg.

Freiburg: Dozent Dr. phil. Jürgen von Stackelberg (Romanische Philologie) erhielt einen Ruf auf den neugeschaffenen dritten ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Göttingen.

Hannover: Dr.-Ing. Helmut Moritz wurde zum besoldeten Privatdozenten für das Fachgebiet Höhere Geodäsie, insbesondere Satellitengeodäsie ernannt.

Tübingen: Dozent Dr. rer. nat. Walter Vogel (Mathematik) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bonn. — Dr. rer. nat. Werner Ernst habilitierte sich für das Fach Geologie und wurde zum Dozenten ernannt.

g) Lektoren

Bonn: Zu planmäßigen Lektoren wurden ernannt: Mathew Haldot für das Fach Mongolisch, Vladislav Korensky für das Fach Tschechisch, Dr. Franz von László für das Fach Ungarisch, Aldo di Luzio für das Fach Italienisch und Edite Sturms für das Fach Baltische Sprachen.

LEHRAUFTRÄGE

Bonn: Dr. Algot Soerensen, Dozent an der Universität Aarhus/Dänemark, erhielt für das SS 1964 einen Lehrauftrag für Neuere Germanistik.

Braunschweig: Einen Lehrauftrag für das SS 1964 erhielten: Dr.-Ing. Ulrich Berr für das Fach Verfahren und Einrichtungen zur Datenverarbeitung in der Fabrikorganisation, Oberstudiendirektor a. D. Eberhard Blume für das Fach Pädagogik, Dr. rer. nat. Fritz Fetting für das Fach Chemische Technologie, Prof. Dr. med. Stefan Wieser für das Fach Psychopathologie und Oberchemierat Dr. Brouer für das Fach Chemie des Wassers und des Abwassers. Einen Lehrauftrag für das WS 1964/65 erhielt Oberchemierat Dr. Brouer für das Fach Lebensmittelrecht mit praktischen Beispielen. — Einen Lehrauftrag für das SS 1964 und das WS 1964/65 erhielten: Dr. phil. Dieter Bruck für das Fach Italienische Sprache, Prof. Dr. phil. Johannes Franz für das Fach Kernphysik, Dr.-Ing. Walter Hübner für das Fach Strahlendosismessung und Strahlenschutz, Dipl.-Ing. Dr. rer. nat. Kurt Rosenhauer für das Fach Theorie und Wirkungsweise optischer Instrumente und Oberstudienrat Dr. phil. Schmeling für das Fach Französische Sprache und Literatur.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Bonn: Prof. Dr. agr. Gerhard Fischbeck (Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung) wurde zum weiteren Direktor des Instituts für Pflanzenbau ernannt.

Darmstadt: Prof. Dr.-Ing. Walter Rohmert wurde zum Direktor des Instituts für Arbeitswissenschaften bestellt.

Freiburg: Prof. Dr. jur. Werner Marx, Ph. D., (Philosophie) wurde zum Direktor der ersten Abteilung des Philosophischen Seminars ernannt.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Hannover: Baudirektor Dr.-Ing. Erich Knop/Essen erhielt von der Fakultät für Bauwesen und Dipl.-Ing. Rudolf Kellermann/Homburg in Oberhessen von der Fakultät für Maschinenwesen die Würde eines Doktor-Ingenieur Ehren halber verliehen.

München: Prof. Dr. phil. Josef Pieper/Münster (Philosophische Anthropologie) wurde die Würde eines Ehrendoktors der Theologie verliehen.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Prof. Dr. phil. Dr. agr. h. c. Ernst Klapp (Acker- und Pflanzenbaulehre) erhielt das Große Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Ferner wurde er zum Ehrenmitglied der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft ernannt und erhielt die silberne Max-Eyth-Denkmedaille der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Braunschweig: Privatdozent Obergeringenieur Dr. rer. nat. August Winsel (Technische und Chemische Physik) wurde mit dem diesjährigen Preis der Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz ausgezeichnet.

Erlangen-Nürnberg: Ehrensator Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Carl Knott, Mitglied des Vorstandes der Siemens-Schuckert-Werke, wurde zum Ehrenmitglied der Physikalisch-Medizinischen Sozietät in Erlangen ernannt.

Köln: apl. Prof. Dr. med. Peter Dahr (Hygiene und Bakteriologie) erhielt von der Bundesärztekammer die Ernst-von-Bergmann-Plakette.

München: Prof. Dr. phil. Hansjochem Autrum (Zoologie und Vergleichende Anatomie) wurde mit der Carus-Medaille der Schweinfurter Akademie der Naturforscher „Leopoldina“ ausgezeichnet. — Prof. Dr. phil. Drs. h. c. Adolf Butenandt (Biochemie), Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, wurde mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet. — Prof. Dr. phil. Hans Klumb/Mainz (Experimentalphysik) wurde vom Deutschen Museum mit der Oskar-von-Miller-Plakette ausgezeichnet.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Aachen: Prof. Dr. phil. Johannes Zieliński (Erziehungswissenschaft) hat vom 4.—14. 3. auf Einladung des British Council eine Studienreise nach England durchgeführt und sich über den Stand der Forschung und Praxis in Hinsicht auf Schulfernsehen, Sprachlaboratorien, programmierte Unterweisung und audiovisuelle Unterrichtsmittel orientiert. — Prof. Dr.-Ing. Walther Wegener (Textiltechnik) besucht auf Einladung der Südafrikanischen Baumwollindustrie und der Südafrikanischen Regierung von Mitte März bis Mitte Mai die Südafrikanische Union. — Prof. Dr.-Ing. Edgar Schultze (Verkehrswasserbau, Grundbau und Bodenmechanik) nahm vom 1.—8. 4. an einem internationalen Symposium über Rheologie und Bodenmechanik an der Universität Grenoble teil.

Berlin: Prof. Dr. phil. Herbert Lüers (Allgemeine Biologie und Genetik), Rektor der Freien Universität, ist aus Anlaß der Amtseinführung des neuen Präsidenten der Yale-University in New Haven/Connecticut mit einer Anzahl weiterer Mitglieder des Lehrkörpers und der Studentenschaft für die Zeit vom 8.—24. 4. in die Vereinigten Staaten gereist, um sich dort insbesondere über amerikanische Studentenwohnheime und sonstige Einrichtungen des studentischen Gemeinschaftslebens zu orientieren.

Bonn: Dozent Dr. theol. Georg Streckler (Neues Testament) wurde für das akademische Jahr 1964/65 an die Southern Methodist University in Dallas/Texas, USA, eingeladen. — Prof. Dr. phil. Josef Derbolav (Philosophie und Pädagogik) wurde für das akademische Jahr 1963/64 an das Institute for Advanced Study, Princeton/USA, eingeladen.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Hans-Joachim Schoeps (Religions- und Geistesgeschichte) wurde für April 1964 zu Vorträgen über Theologie und Geschichte des Judentums von den Universitäten Kopenhagen und Uppsala eingeladen.

Frankfurt: Prof. Dr. jur. Adalbert Erler (Deutsche Rechtsgeschichte, Kirchenrecht und Zivilrecht) unternahm im März 1964 eine Vortragsreise nach Rom.

Freiburg: Dozent Dr. phil. H. Jürgen Rose (Physik) erhielt einen Ruf an die Universität Oxford als Senior Research Officer am Department of Nuclear Physics.

Göttingen: Prof. Dr. med. Stephan Wieser (Neurologie und Psychiatrie) wurde eingeladen, vom Mai bis einschl. August 1964 als Gast am Forschungsprogramm über Suchtprobleme bei der Zentralen Psychiatrischen Klinik in Toronto/Kanada mitzuwirken. — Privatdozent Dr. phil. Peter Szondi (Deutsche Philologie) wurde eingeladen, das Frühjahrstrimester 1965 als Visiting Junior Fellow of the Council of the Humanities und als Visiting Assistant Professor in the Department of Germanic Languages and Literature an der Princeton University zu verbringen. —

Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Carl Wilhelm Correns (Mineralogie, Sedimentpetrographie) hat vom 15. 10. 63 bis 15. 3. 64 an der Rice University in Houston/Texas über Geochemie der Sedimente gelesen. — Privatdozent Dr. rer. nat. Hans Günzler (Mathematik) wurde für den April 1964 an die TH Mailand zu Gastvorlesungen eingeladen. — Prof. Dr. phil. Günther Patzig (Philosophie) wurde während seines Aufenthaltes an der Harvard Universität ein Lehrstuhl für Philosophie an dieser Universität angeboten. — Prof. Dr. med. Paul Gleeß (Histologie und experimentelle Neuroanatomie) ist von mehreren südamerikanischen Universitäten zu einer Vortragsreise über seine Arbeiten auf dem Gebiet der Hirnforschung eingeladen worden. — Prof. Dr. phil. Max Deuring (Mathematik) wird im Mai 1964 auf Einladung der amerikanischen National Science Foundation an mehreren amerikanischen Universitäten Vorträge halten. — Prof. Dr. rer. nat. Wilhelm Maak (Mathematik) wurde zu Gastvorlesungen an der Universität Hsinchu (Taiwan) für die Zeit vom 1. 10. 64 bis 31. 1. 65 eingeladen; ferner wurde er für ein Jahr zu Vorlesungen und Forschungsarbeiten an die Florida Atlantic University, Boca Raton, eingeladen. — Prof. Dr. rer. nat. Peter Haasen (Metallphysik) wurde für Mai 1964 zu Gastvorlesungen an die Universität London eingeladen. — apl. Prof. Dr. phil. Ernst Ackermann (Geologie) folgte einer Einladung mehrerer kanadischer Universitäten zu einem Vortragszyklus über seine Forschungen im afrikanischen Grundgebirge. — Prof. Dr. theol., Dr. phil. Carsten Colpe (Allgemeine Religionsgeschichte), z. Z. Yale-University New Haven, wurde von derselben Universität der vakante Lehrstuhl für Religionsgeschichte angeboten.

Hamburg: Privatdozent Dr. rer. nat. Julius Albrecht (Numerische Mathematik) erhielt einen Ruf auf die außerordentliche Lehrkanzel für Rechentechnik an der TH Wien. — apl. Prof. Dr. phil. Fritz Braamstedt (Physiologische Chemie) hat vom 8.—14. 3. 64 in der Zahnärztlichen Hochschule Kopenhagen Gastvorlesungen über biochemische Kariesforschung gehalten. — Prof. Dr. phil. Hans Haffner (Astronomie) hat sich vom 12.—26. 2. 64 zusammen mit dem Hauptobservator Dr. Johann von der Heide in Perth und Canberra/Australien zur Vorbereitung einer zweijährigen Expedition aufgehalten.

Heidelberg: Privatdozent Dr. jur. Roman Schnur (Öffentliches Recht) erhielt für das SS einen Lehrauftrag für Deutsches Öffentliches Recht an der Universität Lausanne/Schweiz.

München: Prof. Dr. phil. Ludwig Hörhammer (Botanik und Pharmakognosie) erhielt einen Ruf auf die ordentliche Lehrkanzel für Pharmazeutische Arzneimittellehre an der Universität Wien. — Privatdozent Dr. rer. nat. H. Zöttl (Bodenkunde und Pflanzenernährung) erhielt einen Ruf auf die Lehrkanzel für forstliche Standortlehre und Standortskartierung an der Hochschule für Bodenkultur in Wien.

Münster: Prof. Dr. phil. Wolfdietrich Rasch (Deutsche Philologie) hielt in der Zeit vom 11.—20. 3. in Stockholm, Uppsala, Bergen, Oslo und Kopenhagen Vorträge über Robert Musil. — Prof. Dr. med. Robert E. Mark (Innere Medizin), ehemaliger Direktor der Ersten Medizinischen Universitätsklinik Halle, ist in das Gründungskomitee einer Europäischen Gesellschaft für Diabetesforschung berufen worden und hat zum 5. Internationalen Diabeteskongreß eine Einladung nach Toronto für den Monat Juli erhalten.

Saarbrücken: Dr. phil. Jesús Fernandez-Canedo (Romanistik), Lehrbeauftragter für Spanisch, erhielt eine Einladung als Assistent Professor für Hispanistik an der University of Washington, Seattle. — Prof. Dr.-Ing. Johannes Dörr (Mathematik) befindet sich vom 13.—30. 4. auf einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten. — Dr. rer. nat. Frédéric Vester (Organische Chemie) erhielt einen Ruf, als Direktor das Département de Biochimie der Medizinischen Fakultät an der Universität Hué (Südvietnam) zu übernehmen.

Stuttgart-Hohenheim: Dozent Dr. phil. Helmut Lieth (Botanik) hielt in der Zeit vom 5. 2.—10. 4. an der Universidad del Tolima in Ibagué/Kolumbien Gastvorlesungen über Physiologie und Ökonomie.

Tübingen: Dozent Dr. phil. Wolfgang Schmid (Vergleichende Sprachwissenschaft) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Innsbruck. — apl. Prof. Dr. rer. nat. Ernst Bayer (Organische Chemie) erhielt einen Ruf als Full Professor an die University of Houston/Texas.

GEBURTSTAGE

Bonn: Prof. Dr. phil. Friedrich Oertel (Alte Geschichte) vollendete am 21. 5. sein 80. Lebensjahr. — Prof. Dr.-Ing. Friedrich Schumacher (Lagerstättenkunde) vollendete am 20. 5. sein 80. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Otto Lowenstein/New York (Neurologie und Psychiatrie) vollendete am 7. 5. sein 75. Lebensjahr. — Honorarprofessor Dr. Max Rauer (Neutestamentliche Exegese) vollendet am 29. 5. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Wilhelm Ludolf Schmitz (Biophysik) vollendet am 26. 5. sei 65. Lebensjahr.

Gießen: Prof. Dr. med. vet. Dr. med. vet. h. c. Curt Krause/Zürich (Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie der Haustiere) vollendet am 8. 6. sein 70. Lebensjahr.

Heidelberg: Honorarprofessor Dr. phil. Richard Benz (Deutsche Kulturgeschichte) vollendet am 12. 6. sein 80. Lebensjahr.

Karlsruhe: Prof. Dipl.-Ing. Johannes Körting (Technische Gasverwendung und Industrieofenbau) vollendete am 8. 5. sein 75. Lebensjahr.

Köln: Prof. Dr. phil. Dr. jur. Gerhard Kallen (Mittelalterliche und Neuere Geschichte) vollendete am 6. 5. sein 80. Lebensjahr.

München TH: Ehrensator Prof. Dr.-Ing. E. h. Claudius Dornier (Flugzeugbau) vollendete am 14. Mai sein 80. Lebensjahr.

Münster: Prof. Dr. jur. Gotthard Jäschke (Kultur, Geschichte und Landeskunde der Türkei, einschl. der türkischen Sprache und Literatur) vollendete am 8. 4. sein 70. Lebensjahr.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Richard Nacken (Mineralogie) vollendete am 4. 5. sein 80. Lebensjahr.

JUBILÄEN

Bonn: Ihre Goldene Doktorpromotion begingen: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Friedrich Nötscher (Altes Testament) am 16. 5., Prof. Dr. med. Richard Bieling (Hygiene und Mikrobiologie) am 4. 5. und Prof. Dr. med. Eberhard Groß (Arbeitsschutz und gewerbliche Vergiftungen) am 8. 5.

Braunschweig: apl. Prof. Dr. phil. Walter Kangro (Physikalische Chemie) beging am 9. 5. sein Goldenes Doktorjubiläum.

Göttingen: Prof. Dr. jur. Richard Honig (Straf- und Prozeßrecht) beging am 29. 4. sein Goldenes Doktorjubiläum.

TODESFÄLLE

Erlangen-Nürnberg: ao. Prof. Dr. rer. pol. Victor Jungfer (Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsstatistik) verstarb am 21. 4. im Alter von 70 Jahren. — Landescaritasdirektor Msgr. Honorarprofessor Dr. phil. Philipp Kröner (Sozialarbeit der feien Wohlfahrtspflege) verstarb am 4. 5. im Alter von 56 Jahren.

Göttingen: apl. Prof. Dr. med. Hans-Julius Wolf (Innere Medizin) verstarb am 9. 5. im Alter von 63 Jahren.

Leipzig: Prof. Dr. sc. pol. Karl Bräuer/Freiburg (Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft) verstarb am 12. 5. im Alter von 83 Jahren.

München TH: Prof. Dr. phil. Kurt Braß (Chemische Technologie organischer Stoffe) verstarb am 14. 4. im Alter von 83 Jahren.

Münster: Ehrensator Prof. Dr. med. Drs. h. c. Gerhard Domagk (Allgemeine und experimentelle Pathologie), Träger des Nobelpreises für Medizin 1939, verstarb am 24. 4. im Alter von 68 Jahren.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

24. 5.

Theologie und Naturwissenschaft im Gespräch. Eine Sendereihe von H. Fischer-Barnicol. (Saarl. Rdf. I, 9.30)

Lebendige Wissenschaft. Prof. A. Mitscherlich/Heidelberg: Proklamierte und praktizierte Toleranz. (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. B. Lakebrink: Das Geschichtsbild Hegels und Augustinus' (II). (SWF, 10.30)

Universitas. Prof. H. Maier: Die Bedeutung der älteren deutschen Staatslehre für die Gegenwart. (Saarl. Rdf. I, 11.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Erdbebenforschung — heute und morgen (I). Wenn die Erde zittert ... Von Prof. Chuji Tsuboi/Japan. (NDR II, 15.30)

25. 5.

Die Internationale Radiouniversität. Prof. J. Berque/Paris: Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. Die Araber und der Okzident. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Christliches Abendland. Zur 400. Wiederkehr von Calvins Todestag. Man.: Prof. E. Wolf. (Radio Bremen, 16.45)

Aufgaben und Ziele des Wissenschaftsrats. Ein Gespräch mit Prof. L. Raiser. (SWF, 17.30)

Wunder und Wissenschaft. Gespräch zwischen Naturwissenschaftlern und Theologen — Aus den Diskussionen der Paulus-Gesellschaft. (WDR III, 20.00)

Kongreßbericht. Molekularbiologie und Informationsspeicherung. (Deutschlandfunk, 22.00)

Modelle der Studienförderung. Internationale Vergleiche, von H. Granzow. (WDR, 22.30)

26. 5.

Die Vorlesung. Prof. J. Klein/Göttingen: Wahrhaftigkeit und öffentliche Meinung. (Hess. Rdf. II, 21.30)

Wohin führt die Wissenschaft? 10. Gespräch: Prof. A. Butenandt/München und Dr. E. Heimendahl. (Radio Bremen II, 21.35)

Ist die Bestimmungsmensur zeitgemäß? Anhänger und Gegner diskutierten. (WDR III, 21.35)

Der Laser — eine neuartige Lichtquelle. Bericht von Prof. H. Haber. (Deutsches Fernsehen, 21.50)

Aus der Welt der Forschung. Dr. Th. Löbsack: Brennstoffelemente: Kraftquellen der Zukunft. (Saarl. Rdf. II, 22.15)

Wohin führt die Wissenschaft? Gespräch mit Prof. A. Bergsträsser/Freiburg. (Österr. Rdf. II, 22.15)

27. 5.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)

Calvin und das moderne Europa. Zum 400. Todestag des Reformators. Von Prof. O. Weber/Göttingen. (SWF/UKW II, 17.45)

Die neue Biologie. Eine Revolution und ihre Auswirkungen. Von J. Maddox. (WDR II, 18.00)

Das Abendstudio. Einführung in das philosophische Denken. Von J. M. Bochenski. (4.) Dialektik. (Bayer. Rdf. II, 19.30)

Karl Barth spricht. Zum 400. Todestag von Johann Calvin. (NDR II, 22.00)

Der unbequeme Reformator. Zum 400. Todestag Calvins. Von Prof. E. Wolf (Deutschlandfunk, 22.00)

Rationalisierung in der Schule der Zukunft. Eine Sendung von Prof. T. Husen/Stockholm. (Saarl. Rdf. II, 22.15)

28. 5.

Universitas. Dr. R. Wisser: Über den Sinn der Symbole. (Saarl. Rdf. I u. II/11.00)

Schöpfungsglaube und Endzeiterwartung. Eine Vorlesungsreihe von Prof. E. Benz/Marburg. (9.) Die Evolutionslehre und die angelsächsische Theologie. (SDR/UKW, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW, 21.30)

Studentenfunk. Studium in Finnland. (Hess. Rdf. II, 21.50)

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Der zeitgenössische Roman: England. Graham Green: Die Kraft und die Herrlichkeit. Von Walter Allen/Birmingham. — 2. Das keltische Erbe in Europa. Die Heiligtümer. Von Prof. Jan Filip/Prag. (Hess. Rdf. II, 22.00)

Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte. (SDR/UKW, 22.40)

29. 5.

Radio-Kolleg. Zeitschriften spiegeln Geistesgeschichte. Heinrich von Kleist: Berliner Abendblätter (1810—1811). (Deutschlandfunk, 10.10)

Die Internationale Radiouniversität. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. Raoul Makarius: Die Araber und die Gegenwart. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Der Brutparasitismus bei den Witwenvögeln. Vortrag von Prof. H. Peters. (SWF, 17.30)

30. 5. **ASTA d. T. H.**
Referat: Die Herausforderung an den Geist. Man.: A. Marfeld. (SFB II, 10.15)

Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. (2.) Kolonisation und christliches Gewissen. Man.: Prof. M. Bataillon. (SFB II, 11.00)

Aktuelle Naturwissenschaft. H. von Difturth berichtet aus Forschung und Technik. (SFB II, 11.15)

31. 5.

Anwalt der Ketzer. Zum 250. Todestag Gottfried Arnolds. Von Prof. W. Nigg. (SDR/UKW, 11.00)

Universitas. Prof. A. Verdross: Die Entwicklung des Völkerrechts nach dem Zweiten Weltkrieg. (Saarl. Rdf. I, 11.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Erdbebenforschung — heute und morgen. (2.) Die Vorhersage von Erdbeben. Von Prof. Chuji Tsuboi/Japan. (NDR II, 15.30)

Begegnung in Göttingen. Übertragung einer Veranstaltung der Föderation Afro-Asiatischer Studenten-Unionen. (Radio Bremen II, 20.00)

1. 6.

Die Internationale Radiouniversität. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. T. Mende/Budapest-Paris: Europas Einfluß auf Indien. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Das Alphabet des Lebens. Über die Fortschritte der Molekular-Biologie (II). (SWF/UKW II, 15.45)

Das Abendstudio. Wörterbuch der Gegenwart. Rehabilitation — ein Begriff der Sozialmedizin. (Bayer. Rdf. II, 19.30)

Eine Ideologie des Deutsch-Unterrichts. Interviews mit Kultusminister Prof. P. Mikat und dem Klett-Verlag. (WDR III, 21.05)

Kongreßbericht. Die Goethe-Gesellschaft tagt. Bericht aus Weimar. (Deutschlandfunk, 22.00)

2. 6.

Begegnung an deutschen Hochschulen. Afrikanische und asiatische Studenten in der Bundesrepublik. Studio der Jungen. Die Hochschulfunk AG. (Radio Bremen II, 20.00)

Die Vorlesung. Prof. M. Born/Pyrmont: Segen und Unsegnen der Weltraumfahrt. (Hess. Rdf. II, 21.30)

Forum der Wissenschaft. (1.) Wie weit ist die chinesische Wissenschaft? Ein Bericht von Dr. T. Löbsack. — (2.) Jacques Piccard: Zur tiefsten Tiefe. Eine Buchbesprechung von K. Zippel. — (3.) Fragen und Neuigkeiten aus der Wissenschaft und Technik. (Radio Bremen II, 21.35)

Aus der Welt der Forschung. R. Bahne: Museum und Naturforschende Gesellschaft Senckenberg zu Frankfurt am Main. (Saarl. Rdf. II, 22.15)

Abendstudio. Voltaire und die Anfänge der Geschichtsschreibung. Aus Anlaß einer Neuauflage seines historischen Romans „Karl XII“. (Hess. Rdf., 22.20)

3. 6.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Prof. H. Heran: Der Insektenflug und seine Steuerung. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Pläne für Riesenbeschleuniger. Gespräch zwischen Prof. W. Braunbek und A. G. Richter. (SWF, 17.30)

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)

Einführung in das philosophische Denken. Von Joseph M. Bochenski. (5.) Der Mensch. (Bayer. Rdf. II, 19.30)

4. 6.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10)

Forscher zu Gast. Ein Gespräch mit Prof. H. Dathe, Direktor des Berliner Zoos. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Der erste Weltkrieg — Anfang unserer Zeit. (1.) Geschichte der Krisen und Ausbruch der Katastrophe. Von K. O. Frhr. v. Aretin. (Hess. Rdf., 21.00)

Schöpfungsglaube und Endzeiterwartung. Eine Vorlesungs-

reihe von Prof. E. Benz/Marburg. (10.) Aurobindos Lehre von der Evolution. (SDR/UKW, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW, 21.30)

Internationale Rundfunk-Universität. (1.) Der Instinkt der Tiere. Schlüsselreize und angeborener Determinationsmechanismus. Von Prof. L. Pardi/Florenz. — (2.) Partikel und Antipartikel. Die Anti-Materie. Von Prof. G. Marx/Budapest. — (3.) Das keltische Erbe in Europa. Die Städte. Von Prof. J. Filip/Prag. (Hess. Rdf. II, 22.00)

5. 6.

Die Internationale Radiouniversität. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. E. Pucoppa Dass/Paris: Indien und die europäischen Ideen. (Österr. Rdf. II, 14.35)

6. 6.

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik. Berichte von A. F. Marfeld. (SFB II, 11.15)

Hochschule heute. Themen und Perspektiven. Von F. Pauli (SFB II, 11.30)

Probleme der afro-asiatischen Studenten in der Bundesrepublik. Eine Diskussion. (Radio Bremen II, 16.40)

Glauben und Verstehen. Prof. R. Bultmann erklärt seine Theologie. Man.: H. Fischer-Barnicol. (NDR II, 18.00)

7. 6.

Evangelische Kirchenmusik in Geschichte und Gegenwart. Eine Sendung von Prof. H. Kellertat. (Saarl. Rdf. I, 9.30)

Lebendige Wissenschaft. Prof. O. Lutz/Braunschweig: Überschallgeschwindigkeit im Luftverkehr? (SDR, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. K. Löwith: Entzauberung der Welt durch Wissenschaft (I). Zu Max Webers 100. Geburtstag. (SWF, 10.30)

Tabus der Kirchengeschichte. Bedenken eines Historikers. Von Dr. H. Küner-Wolfskehl. (SDR/UKW, 11.00)

Universitas. Prof. H. Rüdiger: Kann man Dichtung übersetzen? (Saarl. Rdf. I, 11.00)

8. 6.

Die Internationale Radiouniversität. Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation. Jacques Guillermez: China und die politischen Ideen Europas (1). (Österr. Rdf. II, 14.45)

Collegium Musicum. Musik und Musikforschung in Universitätsstädten. (2.) Göttingen 1737—1964. Man.: A. Dürr. (Deutschlandfunk, 15.05)

Die Vorgeschichtsforscher auf Prometheus' Spuren (I). Eine naturwissenschaftliche Studie von E. K. Hornauer. (SWF/UKW II, 15.45)

Wir haben für Sie gelesen. E. Anrich: Moderne Physik und Tiefenpsychologie. Zur Einheit der Wirklichkeit und damit der Wissenschaft. Man.: J. Quedenfeldt. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Mit Robotern leben. Die Automation und ihre Folgen. (Bayer. Rdf., 20.00)

Möglichkeiten der Utopie heute. Gespräch zwischen Th. W. Adorno und E. Bloch. (SWF/UKW II, 20.45)

Kongreßbericht. 1. 67. Deutscher Ärztetag — Bericht aus Augsburg. 2. Lebendige Antike — Bericht aus Athen. (Deutschlandfunk, 22.00)

9. 6.

Ein Zeugnis bürgerlichen Mäzenatentums. 50 Jahre Frankfurter Universität. (Hess. Rdf., 20.00)

Die Utopie vor 100 Jahren. Unsere Gegenwart als Zukunft gesehen. Von Prof. W. Treue/Göttingen. (Hess. Rdf. II, 21.30)

Wohin führt die Wissenschaft? Fragen an deutsche Gelehrte. 11. Gespräch: Prof. L. Raiser/Tübingen, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, und Dr. E. Heimendahl. (Radio Bremen II, 21.35)

Aus der Welt der Forschung. Prof. W. Braunbek: Extreme Kälte. (Saarl. Rdf. II, 22.15)